

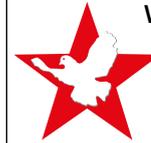


## 6. Parteitag der LINKEN in Brandenburg

- Brandenburgs Zukunft ist weiblich *Seite 2*
- Landtagsfraktion erhielt Aufgabenpaket *Seite 3*

## DIE LINKE im Oder-Spree-Kreis

- Die Tafeln in Oder-Spree *Seite 6*
- Erkner – Superergebnis und trotzdem nicht gewonnen *Seite 10*
- Friedenskundgebung für Syrien in Fürstenwalde *Seite 19*



## Wo Urlaub noch Urlaub ist

- Hollunderblütensirup und Kapitalismuskritik *Seite 16*
- Vorwärts auf der Überholspur! *Seite 17*

## Das beitragsfreie Kita-Jahr kommt ab 1. August

Von Gerrit Große, kinderpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Unser Land Brandenburg soll seine Spitzenposition bei der frühkindlichen Bildung weiter ausbauen – das hatte DIE LINKE zur Landtagswahl 2014 versprochen. Seitdem ist kein Jahr vergangen, in dem sie nicht konsequent an der Umsetzung dieses Ziels gearbeitet hat. So wurden auch der Betreuungsschlüssel und die Leitungsfreistellung verbessert, sogenannte „Kiez-Kitas“ mit zusätzlichen Stellen ausgestattet und der Einsatz von Tanz- und Musikpädagog\*innen ermöglicht. Außerdem kämpft DIE LINKE für eine bessere Vergütung der Erzieher\*innen.

Nun hat die Landesregierung beschlossen, die Kindertagesbetreuung ab August – beginnend mit dem letzten Jahr vor der Einschulung – für die Eltern beitragsfrei zu gestalten. Dies entspricht einer langjähri-

gen Forderung der LINKEN. Darüber hinaus ist dies ein erster Schritt, Eltern finanziell zu entlasten. Er eröffnet ihnen neue finanzielle Spielräume für die Bildung und das gesunde Aufwachsen ihrer Kinder. Schließlich sichert Rot-Rot damit mehr Bildungsgerechtigkeit in allen Teilen des Landes Brandenburg. Der Beschluss des Gesetzes durch den Landtag steht noch aus.

Kindertagesstätten werden endlich Schulen und Hochschulen als Bildungseinrichtungen gleichgestellt. Dem Recht von Kindern auf Bildung von Anfang an wird mit diesem Gesetz entsprochen. Damit werden die



Am 20. Februar hat auf Druck der LINKEN das Kabinett die Parlamenteinbringung zur Beitragsfreiheit des letzten Kitajahres verabredet – Wort gehalten!



Gerrit Große, Mitglied des Brandenburger Landtags, und Ralf Christoffers, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE (oben links), in der Potsdamer Kita Kinderland, Fotos: DIE LINKE

Bildungsbedingungen in der Region Berlin-Brandenburg einander zunehmend angeglichen. In Berlin gibt es die komplette Beitragsfreistellung seit zwei Jahren.

Auf DIE LINKE ist also Verlass. Und allen Unkenrufen zum Trotz: Die Betreuungsqualität trotz Beitragsfreiheit weiter zu verbessern, bleibt unser Anspruch.

### Weiterer Informationen:

- Gesetzentwurf Drucksache 6/8212: [www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de](http://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de)
- Videomitschnitt der Rede von Gerrit Große und ein Videostatement: [www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/landtagsplenum/](http://www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/landtagsplenum/)



von  
**Fritz R. Viertel**,  
Vorsitzender  
DIE LINKE Schön-  
eiche, Delegierter  
des 6. Landespartei-  
tages;  
Foto: Andreas Win-  
ter

## Brandenburgs Zukunft ist weiblich

Eindrücke von einem Landesparteitag mit vielen Wahlen und ein wenig Aufbruchstimmung

Einen regelrechten Wahlmarathon absolvierten die 130 Delegierten der ersten Tagung des 6. Landesparteitages der Brandenburger LINKEN im Kongresshotel Potsdam. Im Zentrum stand natürlich die Wahl eines neuen Landesvorstandes. Erstmals waren zwei gleichberechtigte Landesvorsitzende in einer Doppelspitze zu bestimmen. Der scheidende (alleinige) Amtsinhaber Christian Görke gab in seiner Abschiedsrede schließlich das Stichwort des gesamten Wochenendes: Brandenburgs Zukunft ist weiblich. Und so wählte der Parteitag mit der bisherigen Geschäftsführerin Anja Mayer und Sozialministerin Diana Golze zwei junge Frauen an die Spitze. Das ist selbst in der LINKEN ein

Novum, bisher gab es nur im Landesverband Niedersachsen eine weibliche Doppelspitze. Auf dem Parteitag war denn auch eine verhaltene Aufbruchstimmung zu spüren. Mit vielen neuen Gesichtern im Vorstand – neben den Vorsitzenden wurden zwei von drei Stellvertreter\*innen, die Landesgeschäftsführung sowie eine Reihe einfacher Vorstandspos-

ten neu besetzt – geht die Erwartung einher, die Partei deutlicher gegenüber der Koalitionspartnerin SPD zu profilieren sowie den ein oder anderen ausgetretenen Pfad der innerparteilichen Arbeit zu verlassen. Den Anforderungen sich verändernder Wähler- und Mitgliederstrukturen muss auch in Brandenburg Rechnung ge-



Alexander Klotzovski, Eisenhüttenstadt, Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE Oder-Spree, bewirbt sich als Mitglied des Landesvorstandes, Fotos: DIE LINKE Brandenburg

tragen werden. Weitermachen wie bisher, wird dafür kaum ausreichen.

### Einiges war neu bei diesem Parteitag.

Vorsitzendenkandidatin Diana Golze meldete sich gesundheitsbedingt mit einer Videobotschaft zu Wort. Mit den kommunalpolitischen Eckpunkten wurde statt eines seitenlangen Leitbildes ein kurzes, prägnantes Baukastenpapier beschlossen, aus dem Orts- und Kreisverbände sich Anregungen und Ideen für ihre lokalen und regionalen Kommunalwahlprogramme entnehmen können. Das ist ein Aufschlag für die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2019, der hoffen lässt, dass auch über die weitere Vorbereitung „von unten“ her entschieden wird. Die Atmosphäre im Tagungssaal war überwiegend locker und konstruktiv – in den letzten Jahren leider keine Selbstverständlichkeit. Und selbst der RBB bekam mit, dass DIE LINKE in Brandenburg künftig einiges anders machen möchte als bisher.

### Was blieb wie gewohnt?

Der durch die zahlreichen Wahlgänge dominierten Parteitagsregie gelang es nicht, den inhaltlichen Anträgen angemessenen Raum zu geben. Deren Behandlung wurde am Sonntag in eineinhalb Stunden generalstabsmäßig durchgezogen, reduziert auf eine kurze Begründung sowie je einminütige Für- und Gegenreden. Eine wirkliche Diskussion fiel dadurch aus. Der von meiner BO Schöneiche und unserem Kreisvorstand miteingebrachte Antrag für eine „Neuen-Quote“ auf Landeslisten zur Bundes- und Landtagswahl geriet unter die Räder dieses Prozederes. Viele Delegierte schienen ihn schlicht nicht

verstanden zu haben. Hier hätte trotz der wichtigen Blockade einer Nazi-Demonstration am Sonntagnachmittag in der Potsdamer Innenstadt, derentwegen der Parteitag gestrafft und vorzeitig beendet wurde, eine andere Prioritätensetzung erfolgen sollen.

### Ein Highlight am zweiten Beratungstag war Bernd Rixinger.

Über eine halbe Stunde sprach der Parteivorsitzende frei und kämpferisch zur schwarz-roten Koalition auf Bundesebene, zur politischen Konstellation im neuen Bundestag und zur Situation der Bundespartei. Dafür erntete er verdient stehende Ovationen.

Ob dieser Landesparteitag den Ausgangspunkt für einen Neustart des Landesverbandes nach den Schwierigkeiten der letzten Jahre markiert, bleibt abzuwarten. Der neue Landesvorstand muss in den geplanten Zukunftsdialogen zur Erarbeitung des Landtagswahlprogramms erst unter Beweis stellen, wie ernst er die eigene Ankündigung nimmt, kreativ und offen neue Formate zu erproben. Daneben bleibt es eine Herausforderung, neben den Inhalten ebenso über zukunftsfähige Parteistrukturen und mehr innerparteiliche Demokratie zu diskutieren. Die Genossinnen und Genossen in Sachsen setzen hier Maßstäbe: Sie wollen personelle und inhaltliche Grundsatzenscheidungen künftig in die Hände aller Mitglieder legen.

Es gibt viel zu tun für die neue Landesparteisitze. Sie startet mit guten Voraussetzungen in große Aufgaben. Was es dabei konkret bedeuten wird, wenn Brandenburgs (linke) Zukunft weiblich ist, wird sich erst zeigen müssen.

Der Parteitag wählte in Gremien der Landes- und Bundespartei folgende Genoss\*innen aus Oder-Spree

- Mitglieder des Landesvorstandes:  
Alexander Klotzovski (Eisenhüttenstadt), Romy Neupert (Steinhöfel), Heidemarie Wiechmann (Eisenhüttenstadt)
- Mitglieder des Bundesausschusses:  
Peter Engert (Fürstenwalde), Gabriele Krasert (Eisenhüttenstadt), Dr. Artur Pech (Schöneiche), Uwe Tippelt (Storkow, Ersatzmitglied)

Die Redaktion des Widerspruch gratuliert unseren Genoss\*innen zu ihrer Wahl.



# Landtagsfraktion erhielt Aufgabenpaket auf dem Landesparteitag in Potsdam

Auf dem vergangenen Landesparteitag standen neben den zeit- aufwändigen Wahlen auch einige inhaltliche Anträge auf der Tagesordnung, welche die nächsten Handlungsfelder linker Landespolitik bestimmen sollen.

## Breitbandige Internetanschlüsse als Universaldienstleistungen

Landtagsfraktion und Vertreter\*innen der Partei DIE LINKE in der Landesregierung wurden beauftragt, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass breitbandige Internetanschlüsse als Universaldienstleistung in das Telekommunikationsgesetz (TKG) aufgenommen werden, um damit zukünftig als Leistung der Grundversorgung und der staatlichen Daseinsvorsorge gesichert zu werden.

Den Antrag brachte die stellvertretende Vorsitzende unseres Nachbarkreisverbandes Märkisch-Oderland, Monika Huschenbett ein. Zur Begründung erklärte sie, es bestehe ansonsten das Risiko, dass mit dem derzeit in Umsetzung befindlichen Breitbandausbauprogramm des Bundes, der Länder und Kommunen letztendlich doch keine flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen und kein Rechtsanspruch der Einwohner\*innen auf einen breitbandigen Internetanschluss erreicht werden kann.

## Sachgrundlose Befristung abschaffen

Der Landesparteitag sprach sich einstimmig für die Forderung an die Landtagsfraktion aus, die sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst des Landes abzuschaffen. Der Landtagsabgeordnete und Initiator des Antrages, Matthias Löhr, schilderte in der Debatte, dass 640 Mitarbeiter\*innen der Landesverwaltung derzeit von dieser Art Befristungen betroffen sind, was ihnen jede sichere Lebensplanung nimmt. Sollte es eine rot-rote Landesregierung nicht schaffen, sich von der sachgrundlosen Befristung zu verabschieden, kann sie sich jegliche Appelle an die Privatunternehmen zur Einhaltung von sozialen Standards sparen. Letztlich würden wir mit einer solchen Haltung viel Glaubwürdigkeit ver-

spielen. Dieser Einschätzung folgten die Delegierten, die den Antrag einstimmig annahmen.

## Studentischer Tarifvertrag in Brandenburg

Mit der Forderung nach einem landesweit gültigen studentischen Tarifvertrag setzt sich der Landesverband für gute Arbeitsverhältnisse in den Wissenschaftseinrichtungen des Landes ein. Er folgte damit dem Antrag des Jugendverbandes, der im akademischen Milieu derzeit seine stärksten Zugänge hat. Entsprechend dem Berliner Modell sollen studentische Hilfskräfte mit mindestens 14 Euro pro Stunde entlohnt werden, Rechte und Tarifsteigerungen analog zum TV-L sowie Weihnachts-/Urlaubsgeld erhalten. Die Einhaltung der vereinbarten Arbeitszeiten und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sollten zum Standard eines Arbeitsverhältnisses werden.

## Straßenbahnen in Brandenburg erhalten

Mehrheitsfähig war auch die Forderung aus dem Kreisverband Cottbus an die Linksfraktion im Landtag, im Doppelhaushalt 2019/2020 Mittel einzuplanen, um die Straßenbahnen im Land zu erhalten.

Die Förderung soll sich auf 50 Prozent der notwendigen Kosten belaufen und soll den betreffenden Kommunen zur Finanzierung übertragen werden, um die zukunfts-feste Umgestaltung des Wagenparks gewährleisten zu können, dessen Durchschnittsalter 26 Jahre beträgt. Somit soll auch die ab 2022 gesetzlich vorgeschriebene barrierefreie Nutzung der Bahnen gewährleistet werden.

## Verlässlichkeit für alle – auch für die Anwohner\*innen am BER

Die große Unsicherheit über die weitere Entwicklung am Flughafen BER veranlasste Genoss\*innen aus dem Landkreis Dahme-Spreewald einen Antrag einzubringen, der beinhaltet, dass die Anwohner\*innen um den BER darauf vertrauen können, was von Parlamenten, in Urteilen und im Planfeststellungsverfahren festgelegt wurde.

So gelte es daran festzuhalten, dass der BER kein Großflughafen

werden und es somit keine dritte Start- und Landebahn geben sollte. Es müssten ein Nachtflugverbot wie in Tegel durchgesetzt und die Ultrafeinstaubmessungen veröffentlicht werden. Weitere Lärmschutzmaßnahmen sollten ergriffen und an der Schließung der innerstädtischen Flughäfen Tegel, Tempelhof und Schönefeld (alt) festgehalten werden. Der Antrag wurde an den Landesvorstand überwiesen. Über die Ergebnisse dieser Beratungen wird im Widerspruch berichtet werden.



von  
**Christopher Voß**,  
Fürstenwalde,  
Vorsitzender  
DIE LINKE Oder-  
Spree, Parteitags-  
delegierter

## Wahlergebnisse

<b>Landesvorsitzende</b>		
Diana Golze	Havelland	78,46 %
Anja Mayer	Potsdam	82,31 %
<b>Stellvertretende Landesvorsitze</b>		
Mario Dannenberg	Oberspreewald-Lausitz	70,73 %
Kirsten Tackmann	Ostprignitz-Ruppin	90,24 %
Isabelle Vandré	Potsdam	75,61 %
<b>Landesgeschäftsführer</b>		
Stefan Wollenberg	Potsdam	78,86 %
<b>Landesschatzmeister</b>		
Ronny Kretschmer	Ostprignitz-Ruppin	91,87 %
<b>Mitglieder des Landesvorstandes</b>		
Andreas Büttner	Uckermark	70,4 %
Roland Gehrman	Potsdam	69,9 %
Martin Günther	Barnim	56,8 %
Monika Huschenbett	Märkisch-Oderland	80,99 %
Alexander Klotzovski	Oder-Spree	71,2 %
Anja Kreisel	Frankfurt (Oder)	80,17 %
Romy Neupert	Oder-Spree	78,51 %
Marco Pavlik	Oberhavel	57,6 %
Anne-Frieda Reinke	Uckermark	89,26 %
Sebastian Walther	Barnim	77,6 %
Heidemarie Wiechmann	Oder-Spree	77,69 %
<b>Landesfinanzrevisionskommission</b>		
Hans-Dieter Plumbaum	Potsdam	94,5 %
Brigitte Pröhl	Potsdam	94,17 %
Renate Schmidt	Oberspreewald-Lausitz	93,33 %
Sylvia Wagner	Potsdam-Mittelmark	93,33 %
<b>Landesschiedskommission</b>		
Stefanie Haberkern	Oberhavel	92,56 %
Norman Lenz	Potsdam	90,7 %
Margitta Mächtig	Barnim	85,12 %
Silvio Pape	Teltow-Fläming	91,47 %
Martin Schultheiß	Märkisch-Oderland	88,37 %
Katharina Slanina	Barnim	90,08 %
<b>Bundesausschuss</b>		
Mario Dannenberg	Oberspreewald-Lausitz	67,44 %
Peter Engert	Oder-Spree	51,16 %
Gabriele Krasert	Oder-Spree	83,05 %
Anja Mayer	Potsdam	80,51 %
Dr. Artur Pech	Oder-Spree	62,79 %
Viola Weinert	Oberspreewald-Lausitz	77,12 %
<b>Ersatzmitglieder im Bundesausschuss</b>		
Rosemarie Kaersten	Potsdam-Mittelmark	81,75 %
Anne-Frieda Reinke	Uckermark	89,68 %
Uwe Tippelt	Oder-Spree	68,25 %
Bernd Wolter	Havelland	54,76 %

## Wahlen in der Europäischen Union

# Nicht mehr Berlin, sondern Rom



von  
**Thomas Nord**,  
Mitglied des Bundes-  
tages, Landesliste  
Brandenburg

Foto: DIE LINKE

Kontakt:  
**Deutscher Bundes-  
tag**, Platz der Repu-  
blik 1, 11011 Berlin  
• Telefon:  
(030) 227-7 26 75  
• Fax:  
(030) 227-7 66 75  
• E-Mail:  
thomas.nord@  
bundestag.de  
• Internet: [https://  
thomas-nord.de](https://thomas-nord.de)

**Wahlkreisbüro:**  
Frithjof Bastian,  
Mühlenstr. 15, 15517  
Fürstenwalde  
Tel.: (033 61) 34 26 18  
Fax: (033 61) 34 26 24  
E-Mail: thomas.  
nord.ma04@bun-  
destag.de

Die Wahl der Bundeskanzlerin hat Mitte März im Plenum bestätigt, was die deutsche und internationale Presse seit Monaten schreibt. Angela Merkel ist in ihrer vierten Wahlperiode eine geschwächte Kanzlerin am Ende ihrer politischen Laufbahn, die trotz aller vorherigen deutlichen Anzeichen nicht rechtzeitig den Absprung hingekriegt hat.

### Große Koalition – Kleine Mehrheit

Die „Große“ Koalition der Fraktionen von CDU/CSU und SPD hat im 19. Bundestag zusammen 399 Mandate bei insgesamt 709 Parlamentssitzen. Das entspricht einer Mehrheit von 56,3 Prozent. Aber Angela Merkel hat bei ihrer vierten Wahl zur Bundeskanzlerin in freier und geheimer Wahl nur 364 Stimmen bekommen, ein Ergebnis von 51,3 Prozent. Vier Abgeordnete haben ihre Stimme formal ungültig abgegeben und 17 glänzten mit Abwesenheit.

Mindestens 35 Abgeordnete der Koalition haben ihr die Zustimmung verweigert. Stammen sie aus der SPD- oder den Unionsfraktionen? Hat sie überhaupt eine Mehrheit in den Regierungsfractionen gehabt? Denn möglicherweise haben auch einige Grüne, die gerne mit Merkel regiert hätten, ihr die Stimme gegeben. Sie hat sich für maximal weitere dreieinhalb Jahre ins Kanzleramt gerettet, neue politische Impulse sind von ihr und der neuen Regierung kaum mehr zu erwarten. Der beschlossene Koalitionsvertrag strahlt Müdigkeit aus.

### Müde Kanzlerin – Müder Koalitionsvertrag

Am Freitag flog Merkel zum Antrittsbesuch nach Paris, dort wartete Präsident Emmanuel Macron seit September 2017 auf eine Antwort der deutschen Regierung zu seinen Reformvorschlägen für die Europäische Union und die Euro-Zone. Macron will z. B. eine Europäische Armee errichten, den europäischen Grenzschutz stärken, einen europäischen Wirtschafts- und Finanz-

minister ernennen, eine europäische Arbeitslosenversicherung und einen Europäischen Mindestlohn einführen. Außerdem will er ein Euro-Zonen-Parlament einrichten, also den Grundstein für ein Kern-Europa legen.

Teils sind diese Vorschläge mit Juncker abgestimmt und Inhalt des so genannten „Nikolaus-Paketes“, dass die EU-Kommission am 6. Dezember 2017 vorgelegt hat. Sie fordert darin eine Abstimmung über ihre Vorschläge im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat noch vor der Neuwahl des Europäischen Parlaments im Mai 2019. Obwohl Merkel eine gemeinsame Antwort der französischen und der deutschen Regierung zum Frühjahrsgipfel der EU im März 2018 in Aussicht gestellt hatte, musste sie einräumen, dass die Bundesregierung vor lauter Sondierungs- und Koalitionsgesprächen einfach nicht dazu gekommen ist.

### Vorgeschobene Frühjahrsmüdigkeit überdeckt vielfache Konfliktlinien

Deshalb gäbe es keine Vorschläge mit der französischen Regierung und sie würden nun frühestens zum Juni-Gipfel vorgelegt. Aber Merkel übertüncht mit dieser Stellungnahme nur die grundlegenden Differenzen innerhalb der neuen Regierung aus Union und SPD sowie die Differenzen zwischen der deutschen und der französischen Regierung. Darüber hinaus gibt es weitere offene politische Gegensätze in der EU.

Die Finanzminister aus Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, den Niederlanden und Irland haben sich vor wenigen Tagen in einem Brandbrief an ihre Kollegen gegen eine weitere Vertiefung der Währungsunion gestellt. Sie setzen statt einer weiteren Vergemeinschaftung und einer Letzthaftung für marode Banken in einem EWF darauf, die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten zu verbessern. Die Nordländer stemmen sich mit aller Kraft gegen eine Haftungsunion.

Sie fordern mit dem Brief zugleich eine Mitbestimmung bei der weiteren Ausarbeitung von Reformvorschlägen für die EU ein und wenden sich gegen die exklusiv-

ve Abstimmung zwischen Juncker, Macron und Merkel. Zugleich kann man in dem Brief die Befürchtung herauslesen, dass die Bundesregierung mit dem Wechsel des Finanzministeriums von einer CDU- zu einer SPD-Führung vom Kurs der Nordländer auf den Kurs der Südländer einschwenken könnte.

### Italiens Nord-Süd-Trennung auf europäisches Niveau gehoben

Der sich stärker abzeichnende Nord-Süd-Gegensatz zwischen den reicheren und den ärmeren Ländern ist gewissermaßen die Wiederkehr des italienischen Problems auf EU-Niveau. Die Lega Nord strebt seit langer Zeit für Norditalien nach Unabhängigkeit aber doch zumindest stärkerer Autonomie von Rom. Am 4. März hatten die Italiener nach einem sehr aufgeheizten Wahlkampf ein neues Parlament gewählt.

Als stärkste Einzelpartei waren die Fünf Sterne auf dem ersten Platz gelandet (32,2 Prozent, +6,6 Prozent). Das Bündnis aus Forza Italia, Lega Nord, Fratelli d'Italia hat den zweiten Platz erreicht. Hier war die Überraschung, dass die erstmals in Gesamtitalien angetretene Lega Nord (nun heißt sie nur noch Lega) innerhalb des Bündnisses mit großem Abstand auf dem ersten Platz gelandet war (17,7 Prozent, +13,6 Prozent). Berlusconi's Forza Italia war abgeschlagen (13,9 Prozent, -7,6 Prozent). Fratelli d'Italia kam auf 4,35 Prozent, +2,35). Das Rechtsbündnis hat aufgerundet 36 Prozent, liegt damit vor der Fünf-Sterne-Partei.

Die italienische Sozialdemokratie unter Matteo Renzi bekam keine 20 Prozent (18,9 Prozent, -6,5 Prozent). Damit ist nach der Wahl in Deutschland in einem weiteren EU-Land eine sozialdemokratische Partei abgestürzt. Im Unterschied zu Deutschland aber hat der Spitzenkandidat und Parteivorsitzende Renzi direkt nach der Wahl die Konsequenzen aus seiner politischen Verantwortung realisiert und ist zurückgetreten. In einem anderen Punkt hat die Partito Democratico die gleiche Karte gezogen, sie hat mit diesem Ergebnis nun kategorisch ausgeschlossen, in eine neue Regierung einzutreten.

## Große Koalition der Rechten in Italien?

Der jetzige Ministerpräsident Paolo Gentiloni ist wie vordem Merkel nur noch geschäftsführend im Amt und in seiner Entscheidungsgewalt limitiert. Die weitere formale Initiative liegt derzeit bei Präsident Sergio Mattarella, der den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen muss. Der Vorsitzende der Lega, Matteo Salvini, hat einen

Anspruch auf den Regierungsvorsitz erhoben, der Vorsitzende der Fünf-Sterne-Partei, Luigi di Maio, auf die Präsidentschaft in der Abgeordnetenversammlung.

Am 23. März sollen die Abgeordnetenversammlung (630 Sitze) und der Senat (320 Sitze) das erste Mal zusammentreten und jeweils einen Präsidenten wählen. Hier wird sich zeigen, ob Salvini oder di Maio in der Lage ist, die notwendigen Zwei

Drittel Mehrheit zu bilden. In Italien begann mit dem 4. März das, was der Mitgliederentscheid der SPD in Berlin beendet hat. Ein langwieriger und komplizierter Prozess der Regierungsbildung. Er ist ein weiterer Bremsstein in der Zeitplanung von Juncker, Merkel und Macron. Europa wartet jetzt nicht mehr auf Berlin, sondern auf Rom.

## DOKUMENTIERT

### Die Meineid-Bande – Wenn eine Regierung schwört

Von Wolfgang Gehrcke

Hosianna, Deutschland hat wieder eine Regierung! Oder vielleicht doch eher ... nein, das Kreuzigt sie ist zu gewalttätig. Also ganz sachlich: Die große Koalition ist in Amt und Würden. Die SPD räumt ihr Schlachtfeld um Ministerposten, zurück bleiben die Geschlagenen wie Sigmar Gabriel oder Martin Schulz (was macht der jetzt eigentlich?), die Sieger machen sich triumphierend davon, hoffend, dass ihr mehrfacher Verrat an Respekt und Solidarität nicht in Erinnerung bleibt. Jetzt geht das Gerangel der Parteien und Ministerinnen, Minister um den jeweils eigenen Einfluss in der Regierung und die eigene Wahrnehmung in der Öffentlichkeit los.

Die Bundeskanzlerin, sechs Ministerinnen und neun Minister, haben geschworen, „dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz ...wahren und verteidigen“ werde. Drei von ihnen hatten gemeint, das schaffen sie auch ohne Gottes Hilfe. Doch einen Meineid haben sie alle und jeder einzelne geschworen.

Schauen wir uns die Sache etwas genauer an. Der Rechtsaußen der Bundesregierung, Jens Spahn, hat sich schon vor seinem Schwur mit seiner dummdreisten Hetze gegen Menschen im Hartz-IV-Bezug rasant auf die AfD zubewegt. Demnächst wird wohl noch die neue Umweltministerin die Armen loben, weil sie so engagiert die Wiederverwendung von Pfandflaschen sicherstellen. Mit Jens Spahn als Gesundheitsminister ist die Macht der Pharmaindustrie über das Gesundheitswesen sichergestellt. Ohne deren Einfluss zurückzu-

drängen, wird nicht das Wohl des Menschen, sondern die Mehrung von Profit Maßstab und Ziel der Behandlung von Kranken – zum Schaden des deutschen Volkes (um es mit diesen antiquiert anmutenden Worten der Eidesformel auszudrücken). Jens Spahn ist das personifizierte Menetekel künftiger politischer Konstellationen: Spahn und als Zugabe Weidel und Gauland von der AfD. Die Geier sitzen schon auf den Telegrafmasten und warten auf ihre Beute, in Deutschland und in Europa.

Das Duo Ursula von der Leyen (CDU) und Heiko Maas (SPD) hat sich mit dem Koalitionsvertrag verpflichtet, Rüstung und Militär nicht nur deutsch, sondern EU-europäisch zu fördern. Die Bundeswehr in aller Welt, inklusive Syrien und an der russischen Westgrenze, war und bleibt das Markenzeichen der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Im Wahlkampf hatte sich die SPD noch von der NATO-Vorgabe, die Rüstungsausgaben auf mindestens zwei Prozent des BIP zu erhöhen, distanziert. Ohne großen Kampf hat sie dann im Koalitionsvertrag höhere Rüstungsausgaben besiegelt. Die Steuerzahler zahlen die Rechnung, die Rüstungsindustrie streicht die höheren Gewinne ein, die zusätzlich durch den Rüstungsexport sprudeln. Was sich ändert, sind die Argumente für diesen Irrsinn: Nicht mehr nur Moskau, sondern nun auch die USA! Denn die EU, wird gesagt, müsse Trump mit mehr Geld für Rüstung entgegenkommen, damit er keinen Handelskrieg beginne. Wer Trump so besänftigen will, findet sich schnell in neuen Kriegen wieder. Der Zusatz im Koalitionsvertrag, dass nur so viel Geld zusätzlich

im „Verteidigungs“-Haushalt eingestellt werden soll, wie auch für Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet wird, macht die Sache nur noch schlechter. Die Verkopplung dieser beiden Felder degradiert sogenannte Entwicklungspolitik zur Unterabteilung der Militärpolitik.

Warum keine Erhöhung der Ausgaben für wirkliche, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit auf die berühmten 0,7 Prozent des BIP ohne Bindung an den schändlichen Rüstungsetat? Wer jetzt die für eine gerechte Welt politik notwendige Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit fordert, bewirkt damit zugleich mehr Geld für die Bundeswehr. Auch bei der GroKo bleibt es bei den antirussischen Kampagnen und der Sanktionspolitik gegen Russland. Hier ist eine Korrektur vom Duo von der Leyen/Maas nicht zu erwarten. All das schadet nicht nur dem deutschen Volke, sondern vielen Völkern.

Und jetzt auch noch Olaf Scholz! Seine Berufung zum Finanzminister ist bereits ein Schaden an sich. Die Spur der Zerstörung, die Wolfgang Schäuble durch Europa gezogen hat, wird Olaf Scholz nicht heilen. Mit ihm werden die Armen nicht etwas weniger arm, mit ihm gibt es keine Umverteilung von Oben nach Unten. Mit Scholz wird keine Vermögenssteuer eingeführt, die zusätzliche Besteuerung von Millionären (Millionärs-Steuer) ohnehin nicht. Scholz hat eine ganz eigene Wahrnehmung von Nutzen, Schaden und dem Grundgesetz, wenn ihm etwa beim G20-Gipfel in Hamburg die Polizeigewalt maß- und verantwortungsvoll erschien und der Gipfel insgesamt ein gro-

ßer Erfolg. Anstatt die Kluft zwischen Armut und Reichtum zu verringern, ist von ihm eher der Schaden einer noch tieferen Kluft und ein "Knüppel aus dem Sack" durch Unterfinanzierung des Sozialen zu erwarten.

Ich mag kaum darüber nachdenken, welche weiteren politischen Wirkungen der Koalitionsvertrag und die GroKo haben werden. Im Hintergrund reibt sich die AfD die Hände und posaunt: Wir sind die Opposition, wir sind die Oppositionsführer. Bitter für die Linke, bitter für eine demokratische Politik in unserem Land und in Europa. Von der europäischen und nun auch deutschen Un-Normal-Politik des wachsenden Einflusses nationalistischer Parteien und Formationen kann eine tiefgreifende Umgestaltung Deutschlands zurück in die Vergangenheit ausgehen. Die Linke kann aus dem ganzen Debakel nur eine Schlussfolgerung ziehen: Sich nicht länger und weiter in nicht besonders sinnvolle innere Auseinandersetzungen zu verstricken, sondern endlich eine frische und klare Oppositionspolitik anzusteuern. Obgleich DIE LINKE der Zahl nach im Bundestag nicht die Oppositionsführerschaft besitzt, so kann sie diesen Anspruch doch geistig, politisch, strategisch, kulturell an sich selbst stellen und ihn hoffentlich im Bundestag und vor allem in der Organisation von Widerstand auf den Straßen und Plätzen, in der Aktion einlösen. Die GroKo steuert ein Land ohne nennenswerte Opposition an. Diesen Schaden müssen wir abwenden.

Quelle:  
Infobrief *Ça ira* – Informationen,  
Debatten, Analysen, 14. 3. 2018;  
[www.wolfgang-gehrcke.de](http://www.wolfgang-gehrcke.de)



von  
**Dr. Artur Pech,**  
Schöneiche,  
Vorsitzender der  
Fraktion DIE LINKE  
im Kreistag Oder-  
Spree,  
Mitglied des Präsi-  
diums des Bundesaus-  
schusses der Partei  
DIE LINKE

## Die Tafeln in Oder-Spree

### Ein Antrag und seine Geschichte

Am 23. Februar 2018 saß ich vor dem Fernseher und sah verschiedene Berichte mit Meinungsäußerungen über die Entwicklung an der Essener Tafel.

Die Essener Tafel stand bei einem Anteil von 75 Prozent Ausländern an den Besuchern der Tafel den Problemen hilflos gegenüber und hat deshalb beschlossen, vorübergehend keine weiteren Ausländer mehr aufzunehmen. Da stand auf einmal „Arm gegen Arm“ auf der Tagesordnung.

Über viele Jahre hatte der Jamer, dass im reichen Deutschland unverkäufliche Lebensmittel eingesammelt werden, um Bedürftige zu versorgen, wenig Aufmerksamkeit erregt. Und nun gab es einen regelrechten Mediensturm. Die sachliche Feststellung des Bundesvorsitzenden der Tafeln, dass sich hier die Hilflosigkeit und die Überforderung der Tafeln in Deutschland zeige, blieb eine zunächst kaum durchdringende Randbemerkung.

Überwiegend wurde der „schwarze Peter“ denen zugeschoben, die

mit viel Mühe daran arbeiten, die elenden Folgen einer verfehlten Politik zu lindern. Und die größten Kritiker waren die für diese Politik Verantwortlichen.

Nun hatte ich wenige Wochen vorher eine Jahrzehnte zurückliegende ähnliche Entwicklung beschrieben. Nach der Öffnung der Grenzen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen hatten Verkäuferinnen vor Ort die Folgen einer verfehlten Politik auszubaden, denn die vorhersehbaren Wirkungen unterschiedlicher Preise und des Zustandes der Versorgung in beiden Ländern waren schlicht nicht berücksichtigt worden. Die Verkäuferinnen mussten sich dann als „fremdenfeindlich“ beschimpfen lassen, wenn sie weisungsgemäß polnische Käufer abweisen. (siehe Beilage zum „Widerspruch“ 12/2017-1/2018: „Oder-Neiße-Grenze und ihr Grenzregime 2017“)

Darum galt eine Sorge meinerseits zunächst den Menschen, die im Landkreis Oder-Spree an der und für die Tafeln arbeiten. Ein Gespräch mit ihnen hatte drei für mich wesentliche Ergebnisse:

- Ja, im Landkreis Oder-Spree gibt es ähnliche Probleme wie in Essen.
- Nein, wir wollen und werden Ausländer auch vorübergehend nicht aussperren.
- Ja, wir brauchen Hilfe.

In den Tagen, an denen ich diese Klarheiten gewann, musste ich einen niederträchtigen Kommentar über die Arbeit der Menschen an den Tafeln lesen, die „sich selbst als weiße Ritter imaginierend, ihre ‚Kunden‘ schikanieren, bevormunden, lächerlich machen, es ist schier ein Graus.“ (*neues deutschland*, 3./4. März 2018, S. 2)

Nach dem Lesen dieses Kommentars fasste ich meine Wertung in die Worte: Ja: Hartz-IV ist ein skandalöser Auswuchs bundesdeutscher Profitwirtschaft. Ja: Es ist ein Skandal, dass es in diesem Lande Tafeln geben muss. Aber die hier praktizierte selbstgefällige (linke?) Arroganz gegenüber Menschen, die ohne Bezahlung tun was sie vermögen, um fremde Not zu lindern, wird die Tafeln nicht überwinden,

### Schwarz-Rot fehlt es am Willen zur Veränderung

„... Ich hätte mir auch gewünscht, dass alle neuen Ministerinnen und Minister klar sagen, dass wir Armut in unserem reichen Land nicht akzeptieren werden; denn Armut ist immer auch politisches Versagen. Dass Menschen zu Tafeln gehen müssen, ist politisches Versagen, meine Damen und Herren.

Niemand aus dem Bundestag sollte sich arrogant über die Menschen erheben, die dort etwas leisten, wo Regierungspolitik versagt hat ...“

*Aus der Rede des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Dietmar Bartsch am 21. März 2018 in der 22. Sitzung des Bundestages nach der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel.  
Quelle: [www.dietmar-bartsch.de/2018/03/21/schwarz-rot-fehlt-es-am-willen-zur-veraenderung/](http://www.dietmar-bartsch.de/2018/03/21/schwarz-rot-fehlt-es-am-willen-zur-veraenderung/)*

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 11. April 2018

### Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree

#### Der Kreistag Oder-Spree möge beschließen:

1. Der Landkreis Oder-Spree unterstützt integrationsrelevante und konfliktverhütende Maßnahmen insbesondere an den Tafeln im Landkreis Oder-Spree in Fürstenwalde, Beeskow, Storkow, Erkner und Eisenhüttenstadt.
2. Für die Unterstützung werden in den Haushalt des Landkreises 2018 40000 Euro eingestellt.
3. Der Landrat wird beauftragt, dem Kreistag bis Juni 2018 Maßnahmen für die Durchführung dieses Beschlusses vorzulegen.

#### Begründung:

Nach den uns vorliegenden Informationen besteht auch im Landkreis Oder-Spree ein hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten an der Inanspruchnahme der Tafeln.

Die Bewältigung der damit verbundenen Probleme liegt auch in öffentlichem Interesse und kann nicht ausschließlich dem dankenswerten Engagement der Träger und ehrenamtlicher Arbeit überlassen werden.

Geförderte Maßnahmen können beispielhaft die Durchführung von Präventionsseminaren, die anteilige Finanzierung von Personal oder die zeitweise Beschäftigung von Wach- und Sicherheitsdiensten sein.

*Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE*

sondern zementieren. Dieser Kommentar war unterirdisch.

Am 5. März befasste sich auch die ARD-Sendung „Hart aber fair“ mit dem Problem. Bemerkenswert war der Auftritt von Frank Zander. Er schilderte eindrucksvoll, welche Probleme er im Zusammenhang mit dem von ihm ins Werk gesetzten Weihnachtessen für Obdachlose zu bewältigen hat.

Meine Schlussfolgerung: Den in den Tafeln Arbeitenden muss geholfen werden, damit sie solche Beleidigungen und Angriffe überstehen und sie selbst besser helfen können. Denn ein Motiv für Probleme ist auch die nachvollziehbare Angst, nichts mehr abzubekommen.

Hier ist zu helfen – in dem Umfang, in dem wir es für die Tafeln im Landkreis Oder-Spree vermögen. Ich formulierte also in knapper Zeit einen Antrag an den Kreistag und setzte ihn als Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen auf die Tagesordnung dieses Ausschusses am 19. März. An diesem Tage stand die Behand-

lung des Haushaltes für das Jahr 2018 auf der Tagesordnung – und in dem Antrag geht es ja um Geld für die Tafel.

Den Finanzausschuss hat der Antrag und die Begründung überzeugt. Er empfahl dem Kreistag einstimmig seine Annahme.

Nach Einwendungen Einzelner hat sich die Mehrheit unserer Fraktion dann ebenfalls zu der vom Finanzausschuss befürworteten Fassung bekannt.

Wenn der Kreistag am 11. April so beschließt, wäre das eine kleine, aber wirksame Hilfe für die Arbeit der Tafeln in Erkner, Fürstenwalde, Beeskow, Storkow und Eisenhüttenstadt und eine Anerkennung für ihre aufopferungsvolle Arbeit. Beides ist bitter nötig.

Anzumerken bleibt: In den Diskussionen um diesen Antrag in den eigenen Reihen habe auch ich alle Erfahrungen sammeln müssen, die Sahra Wagenknecht in ihrem Interview für das „neue deutschland“ vom 21. März benannte. Da handelte es sich offenkundig um die gleichen politischen Reflexe, denen sich Sahra gegenüber sieht. Ich spare mir deshalb eine nähere Auseinandersetzung und verweise auf

die im Kasten unten abgedruckten Auszüge aus dem Interview.

Zeichnung:  
Klaus Struttmann



**DOKUMENTIERT**

**Empörung darf Argumente nicht ersetzen**

Sahra Wagenknecht wirbt für linken Aufbruch und solidarische Auseinandersetzungen in der LINKEN (Auszüge)

**... Sie haben in der Diskussion zum Ausschluss von Migranten an der Essener Tafel die sozialen Ursachen kritisiert, die Bundesregierung kritisiert und die Armen in der Gesellschaft verteidigt. Wäre ein Satz nicht hilfreich gewesen: Eine Zurücksetzung von Migranten ist trotzdem falsch, weil sie in der Konkurrenz der Ärmsten Partei ergreift? Wäre damit nicht der Vorwurf vom Tisch gewesen, Sie hätten die Migranten zurückgesetzt, Rassismus gutgeheißen?**

Die Essener Tafel hat Migranten nicht ausgeschlossen, sondern entschieden, bei einem Anteil von 75 Prozent keine weiteren Flüchtlinge aufzunehmen. Das war nicht rassistisch, sondern hilflos, ein Zeichen dafür, dass man mit den Problemen nicht mehr klar gekommen ist. Und die Debatte, die daraufhin begann, fand ich empörend. Die gleichen Politiker, die die Verantwortung dafür tragen, dass es an den Tafeln überhaupt ein solches Gedränge gibt, haben den moralischen Zeigefinger erhoben und auf den Chef der Tafel eingedroschen. Die Essener Tafel ist übrigens nicht die erste, die einen Aufnahmestopp verhängt. An vielen Orten gab es diese Probleme, weil das Angebot sich nicht unbegrenzt erweitern lässt, aber inzwischen viel mehr

Menschen auf die Tafeln angewiesen sind. Alte Menschen, die von ihren dürftigen Renten nicht leben können, Alleinerziehende, die mit Hartz IV ihre Kinder für 2,70 Euro am Tag ernähren sollen. Und dann kamen noch die vielen Flüchtlinge. So hat die Politik Verteilungskonflikte herbei-



geführt, die das politische Klima vergiften. Statt einen ehrenamtlichen Tafel-Chef zu attackieren, der sich dafür einsetzt, Armut zu lindern, müssen wir die wirklich Verantwortlichen angreifen.

**Verdrängt Moralisieren inzwischen die gesellschaftliche Analyse der gesellschaftlichen Linken?**

Wir müssen zumindest aufpassen, dass moralische Empörung nicht sachliche Argumente ersetzt. Wenn ich zum Beispiel kritisiere, dass die herrschende Politik darauf hinausläuft, dass die we-

niger Wohlhabenden die Hauptlast der Zuwanderung tragen, dann lautet der Vorwurf: Wer das sagt, spielt die Armen gegen die Ärmsten aus. Das ist doch absurd. Missstände verursacht nicht der, der sie anspricht. Es ist die herrschende Politik, die die Ärmsten in einen Interessengegensatz zu den Flüchtlingen bringt, am krasssten an den Tafeln, aber auch bei der Konkurrenz um Kita-Plätze, Niedriglohnjobs oder bezahlbare Wohnungen, von denen es viel zu wenige gibt. Oder auch an den überforderten Schulen in sozialen Brennpunkten, wo sich das Lernniveau weiter verschlechtert. Infolge der Flüchtlingskrise haben sich viele soziale Probleme verschärft, die es vorher schon gab. Und es trifft nicht die Besserverdienenden, sondern vor allem die, denen es ohnehin schon nicht gut geht. Es ist unsere Pflicht, das anzusprechen.

**Wie kann man verhindern, dass die Ärmsten in einen Interessengegensatz zu den Flüchtlingen geraten? Durch Abschieben? Sicherung der EU-Außengrenzen?**

Zunächst einmal dadurch, dass die sozialen Probleme gelöst werden, aus denen der Interessengegensatz resultiert. Wenn es genug Sozialwohnungen, ausreichend Kita-Plätze und gut ausgestattete Schulen besonders in den sozialen Brennpunkten gäbe und der Arbeitsmarkt wieder so reguliert würde, dass Lohndumping erschwert und der Niedriglohnssektor eingedämmt wird, wäre die Situation eine andere. Aber das zeigt eben auch, dass erfolgreiche Integration Voraussetzungen hat. Und die können nicht in beliebigem Umfang gewährleistet werden. Deshalb ist es so zentral, vor Ort, in den Heimatländern, Perspektiven zu schaffen.

**Ist womöglich der Vorwurf des Rassismus an dieser Stelle ein ähnlich einfaches und damit verhängnisvolles Denkmuster wie das der Rechten, Flüchtlinge seien an der vermeintlichen Not der Deutschen schuld?**

Wer meint, ein Ansprechen der Probleme sei „rassistisch“, weiß nicht, was echter Rassismus bedeutet und trägt dazu bei, ihn zu verharmlosen und unkenntlich zu machen.

Quelle: neues deutschland, 21. März 2018; Seiten 2/3, [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de), Foto: nd/Ulli Winkler



von  
**Julia Wiedemann,**  
Woltersdorf, Vorsit-  
zende DIE LINKE  
im Oder-Spree-  
Kreis,  
Foto: DIE LINKE

## Aus der Arbeit des Kreisvorstandes

In seiner ersten Sitzung am 7. März befasste sich der im Februar neu gewählte Kreisvorstand (siehe „Widerspruch“ 3/2018) mit dem anstehenden Landesparteitag. Zu Gast waren unter anderem Anja Mayer, Monika Huschenbett und Mario Dannenberg, die sich als Kandidat\*innen für den neuen Landesvorstand vorstellten. Anja Mayer stellte zugleich die wichtigsten Punkte des anstehenden Leit-antrags vor sowie die möglichen Streitpunkte. Diskutiert wurden in dem Zusammenhang auch das Verfahren zur Listenaufstellung, das auf dem Landespartei beschlossen werden sollte, sowie die Anträge zum Agrarleitbild und dem Thema Landgrabbing.

Als zweites Thema nahm vor allem die Auswertung der Bürgermeisterwahlen in Erkner und Fürstenwalde großen Raum ein. Trotz breiter Unterstützung und engagiertem Wahlkampf lag das Ergeb-

nis in Fürstenwalde deutlich unter den Erwartungen. Hier gilt es tiefer in die Analyse zu gehen, und die möglichen Ursachen für die unterschiedlichen Ergebnisse in Erkner und Fürstenwalde näher zu betrachten. Deshalb vereinbarte der Kreisvorstand eine zusätzliche Auswertungsrunde. Die Erfahrungen in den Bürgermeisterwahlkämpfen werden wichtige Bausteine für die weitere Planung des Kommunalwahlkampfes sein.

Die Kundgebung in Fürstenwalde gegen den Einmarsch der Türkei in Afrin wurde als erfolgreich bewertet. Trotz des schlechten Wetters waren 130 Leute anwesend, die Redebeiträge waren eindrucklich. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass mit deutschen Waffen in anderen Ländern grausame Kriege geführt werden, ist die Mobilisierung zum Ostermarsch am Oster-sonntag, 1. April 2018 in Frankfurt (Oder) ein wichtiges Anliegen des

Kreisvorstandes, das ebenfalls auf der Sitzung besprochen wurde.

Ein weiteres Thema war die Auswertung der Gesamtmitgliederversammlung. Hier wurden eine Reihe von Kritikpunkten zusammen getragen, die für die Organisation der nächsten Gesamtmitgliederversammlung berücksichtigt werden sollten. So waren die Räumlichkeiten etwas beengt, die Abfolge der Wahlgänge dauerte insgesamt zu lange, hingegen wurde von vielen die zugemessene Redezeit von drei Minuten als zu kurz empfunden. Eine konsequentere Tagungsleitung, die zugleich Raum für Debatte lässt, wurde gewünscht.

Es gab Berichte aus den Ortsverbänden und der Kreistagsfraktion, und es wurde die Organisation des Frühlingsempfangs am 20. April in Bad Saarow besprochen. Das Thema Öffentlichkeitsarbeit soll eingehender auf einer Klausur des Kreisvorstandes besprochen werden.

## Mitte-Links-Bündnis gewinnt bei Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt (Oder)

### Wahlsieg für René Wilke

René Wilke wird der nächste Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder). Mit 62,5 Prozent der Stimmen ließ er am Sonntag, 18. März 2018 bei der Stichwahl den Amtsinhaber Martin Wilke (parteilos) deutlich hinter sich. „Ich freue mich sehr, die Wahl zum Oberbürgermeister von Frankfurt gewonnen zu haben und möchte mich herzlich für ihre Stimme bedanken“, sagte René Wilke. „Die offizielle Amtsübergabe findet am 6. Mai statt. Bis dahin bleibe ich ihr Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter. In dieser Rolle werde ich bis zur Amtsübergabe ebenso wie als künftiger OB mit allen AkteurInnen in der Stadt konstruktiv zusammenarbeiten, damit Frankfurt besser geht. In den nächsten Tagen, Wochen, Monaten und Jahren wartet viel Arbeit auf uns, packen wir es gemeinsam an!“

Mit René Wilke stellt DIE LINKE erstmals im Land Brandenburg den Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt. Dieser großartige Erfolg hat bundesweit

Beachtung gefunden und zweierlei gezeigt:

- Mitte-Links-Bündnisse sind weiterhin erfolgversprechend, wenn die Akteure auf Augenhöhe zusammenarbeiten.
- Mit einer authentischen Persön-

lichkeit und einer Politik, die auf die Bürger\*innen zugeht und sie ehrlich einbezieht, können Wahlen gewonnen werden.

*Thomas Nord,  
Mitglied des Bundestages, Vorsitzender  
DIE LINKE Frankfurt (Oder)*



*Thomas Nord (DIE LINKE, MdB), Alena Karaschinski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sprecherin Frankfurt/Oder) und René Wilke (v.l.) bei der Wahlparty am 18.3. im Café Bellini in Frankfurt (Oder); Foto: Henry-Martin Klemt*

Informationen aus dem Wahlkampf (Wahlprogramm, Wahlzeitung, Berichte aus dem Wahlkampf, Videos, Filme u.a.) finden Sie auf der Internetseite von René Wilke:  
<https://frankfurt-geht-besser.de/>

# Aus den Fraktionen der LINKEN

## ■ Schöneiche

### (K)eine Schule für alle Kinder

Mehrheit der Schöneicher Gemeindevertretung stimmt für Gymnasium

Im letzten Jahr bekam Schöneiche unerwartet die Chance für eine eigene weiterführende Schule. Rechtzeitig hatte sich der Bildungsausschuss der Gemeindevertretung im Juni mit dem Entwurf des neuen Schulentwicklungsplans (SEP) des Landkreises befasst und den Bürgermeister zu einer Stellungnahme gedrängt. Im Oktober bewirkte die parteiübergreifende Zusammenarbeit der Schöneicher Kreistagsabgeordneten, dass im Kreis-SEP nun steht: In Schöneiche ist bei weiterer positiver Bevölkerungsentwicklung eine weiterführende Schule zu errichten.

Nun muss die Gemeinde sich vorbereiten. Im Januar beschloss die Gemeindevertretung, eine Fläche als potenziellen Standort zu prüfen. Im Februar/März beriet sie über den SEP der Gemeinde. Darin werden die Entwicklung der Schülerzahlen berechnet und mögliche Schulformen geprüft. Letztlich entscheidet der Landkreis, doch die Gemeinde sollte wissen, welche Schule sie selbst anstrebt.

Da fast 70 Prozent der Schöneicher Kinder Abitur machen, steht die Frage: Wollen wir ein (weitere) Gymnasium oder eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe? DIE LINKE setzt sich vehement für eine Gesamtschule ein! Diese böte alle Schulabschlüsse an, gäbe den Kindern ein Jahr mehr Zeit bis zum Abitur (nach 13 Jahren) und stünde allen Schöneicher Kindern offen. Denn nur die Hälfte von ihnen erfüllt die (formalen) Voraussetzungen für den Besuch eines Gymnasiums. Mit einer der beiden Grundschulen könnte eine Gesamtschule außerdem ein Schulzentrum (Gemeinschaftsschule) bilden, an dem von der Klasse 1 bis 13 gelernt werden kann.

Im Entwurf für den Gemeinde-SEP wurde jedoch nur ein Gymnasium ernsthaft geprüft. Der Bedarfsermittlung wurde nämlich ausschließlich die Anwahlquote der letzten Jahre für bestehende Schu-

len in Schöneiche und der Umgebung zu Grunde gelegt. Es gibt allerdings gar keine öffentliche Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in der Region. Diese kann daher gar nicht angewählt werden. Entsprechend niedrig ist die Anwahlquote für diese Schulform. Dies als Begründung dafür zu nehmen, nur ein (weitere) Gymnasium sei zu empfehlen, ist mindestens methodisch fragwürdig.

Im Bildungsausschuss der Gemeindevertretung ist der SEP im Februar deshalb durchgefallen. Fraktionsübergreifend wurde diese Kritik geteilt. Die Linksfraktion stellte deshalb einen Änderungsantrag mit dem Ziel, die Bedarfsermittlung für eine Gesamtschule auf Basis der Erfahrungen von Gemeinden zu überarbeiten, die mit Schöneiche vergleichbar sind und deren Schüler\*innen eine Auswahl zwischen Gesamtschule und Gymnasium in öffentlicher Trägerschaft

haben. Birkenwerder, Zossen, Zeuthen, Panketal, Kloster Lehnin und andere böten sich dafür an. Außerdem beinhaltete der Antrag, dass die Einrichtung eines Schulzentrums geprüft werden solle.

In der Gemeindevertretung am 14. März kam dann das böse Erwachen: Obwohl sie sich zuvor anders geäußert hatten, lehnten SPD und CDU gemeinsam mit GRÜNEN, FDP, Neuem Forum, Feuerwehr und Bürgermeister den LINKEN-Antrag ab (8 Ja, 11 Nein, keine Enthaltungen). Am Ende fand sich also wieder die ganz große neoliberale Koalition. 51 Prozent der Schöneicher Kinder können nicht auf ein Gymnasium gehen. In Deutschland hängt der Bildungserfolg wie nirgendwo sonst in den Industrieländern vom sozialen Hintergrund der Familien ab. Es ist offensichtlich, für wen die Mehrheit der Gemeindevertretung und der Bürgermeister in Schöneiche Politik machen.

von  
**Fritz R. Viertel,**  
Gemeindevertreter und von 2014 bis 2017 Vorsitzender des Bildungs- und Sozialausschusses

**LAUT  
WAR  
GESTERN**  
www.tag-gegen-laerm.de

21. Tag gegen Lärm  
International Noise Awareness Day  
25. April 2018 | 14:15 Uhr | 15 min Ruhe

### Zukunftsschmiede Mobilität in Erkner

– Empfindungen, Zukunft, Lösungsansätze –

Anlässlich des 21. Internationalen „Noise Awareness Day – Tag gegen Lärm“ – laden wir Sie zu einer Gesprächsrunde ein:

**25. April, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner.**

Wir diskutieren in einer Ideenschmiede über die gewünschte und zukünftige Mobilität sowie die Verkehrsentwicklung insgesamt mit Bürgerinnen und Bürgern aus Erkner und Umgebung. Im Podium diskutieren mit Ihnen:



Thomas Nord  
DIE LINKE  
im Bundestag



Mario Hausmann  
Stadtverordneter  
in Erkner



Franziska Schneider  
Moderation  
DIE LINKE Erkner

- [www.facebook.com/fraktiondielinkeerkner](http://www.facebook.com/fraktiondielinkeerkner)
- [www.linke-erkner.de](http://www.linke-erkner.de)

**DIE LINKE.**  
Ortsverband Erkner, Gosen-Neu Zittau

## Aus den Basisorganisationen der LINKEN

von  
Kerstin Labenz,  
Müllrose

### ■ Müllrose

## Die Kräuterhexe war in Müllrose



Foto: DIE LINKE Müllrose

Anlässlich des Internationalen Frauentags lud DIE LINKE Müllrose am 5. März Frauen zu einem Abend mit Kräuterhexe Heidi Wichmann aus Eisenhüttenstadt ins Schützenhaus ein. Wir waren alle sehr gespannt, was heutzutage eine Kräuterhexe noch an Wissen aus der Welt der heilenden Kräuter hat und wie sie es an uns weitergibt. Gleich am Anfang stellte sie uns die einzelnen Komponenten für eine natürliche Salbe ohne Chemie vor, die wir nun gemeinsam herstellen wollten. Dann wurde alles in einen Kessel gegeben. Während wir viel Interessantes

über Heilkräuter erfuhren, köchelte der Hexenkessel nebenbei. Aber nicht nur trockene Theorie war dabei, Heidi hatte auch einige Töpfe mit Pflanzen mitgebracht. So konnte neben Erfahrungsaustausch und neuem Lernen auch von so manch einer Pflanze genascht werden. Beim Abfüllen der Salbe in unsere mitgebrachten Gläschen waren sich alle einig, dass es ein schöner und interessanter Abend war und die Kräuterhexe Heidi unbedingt wieder nach Müllrose kommen muss. Gerne laden wir dazu wieder ein und dann nicht nur Frauen, sondern auch interessierte Männer!

### ■ Fürstenwalde

## Frauentagsfeier mit Kita „Druschba“ und dem Seniorenkabarett „Die Weisetreter“



8. März 2018 – internationaler Frauentag im restlos ausgebuchten Saal bei der Frauentagsfeier der Arbeitsgemeinschaft Senioren und des BO-Vorstand der Partei DIE LINKE Fürstenwalde in der Fürstenwalder Kulturfabrik.

Die „Druschba“-Kinder bei der Frauentagsfeier

Die zahlreichen Gäste verbrachten heitere Stunden bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen, an der Bar gab es Wein, Bier sowie nicht-alkoholische Getränke. Vorzüglich unterhalten wurden sie von den Kindern der Fürstenwalder Kita „Druschba“ und dem Berliner Seniorenkabarett „Die Weisetreter“.

Ein von allen als gelungen empfundenener Nachmittag.

Text und Foto: Thomas Wolke, Fürstenwalde

### ■ Erkner

## Superergebnis und trotzdem nicht gewonnen

Analyse der Bürgermeisterwahl in Erkner

Ich werde hier das Wahlergebnis nicht schönreden, wie es Politiker gern tun. Aber der knappe Sieg von Silke Voges, unserer parteilosen Kandidatin im ersten Wahlgang, hat uns alle sehr gefreut. Ein Einzelbewerber und der Kandidat der in Erkner seit 1990 regierenden SPD fielen aus dem Kreis der

Bewerber. Im zweiten Wahlgang traten der „Einzelbewerber“, Hendryk Pilz, seit Jahren Fraktionsvorsitzender der CDU im Stadtparlament, und die von uns im Sommer 2017 nominierte parteilose Verwaltungsfachfrau Silke Voges an. Etwas über 100 Stimmen hatte Pilz am Ende mehr als Silke. Ein biss-

chen enttäuscht und traurig waren wir schon, zumal der Amtsinhaber Jochen Kirsch (SPD) nicht wieder antrat und wir auf einen kompletten Neuanfang hofften. Die Wähler entschieden letztendlich anders, aber rund 20 Prozent aller Wählerinnen und Wähler in Erkner votierten für uns. Das ist mehr als



Plakat aus unserem Bürgermeisterwahlkampf – es hing in der näheren Umgebung der Kitas und Grundschulen

nur ein Achtungserfolg. Immerhin waren es mehr als doppelt so viel Stimmen wie vor acht Jahren bei der letzten Bürgermeisterwahl.

Wie haben wir es geschafft? Wir sehen mehrere Antworten:

1. Unsere Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung hat über die Jahre seit 1990 konsequente Oppositionsarbeit gestaltet. Allein in der laufenden Legislaturperiode brachten wir 55 Anträge zu den verschiedensten Problemen der Stadt ein. Lärminderung, Verkehrsleitung, Haushaltsfragen oder Stadtentwicklung waren genauso Inhalt unserer Vorschläge wie Kitagebühren, Essengelder, Schulentwicklung und Vereinsförderung. Es verging keine Sitzung, in der wir nicht Fragen zur Stadtentwicklung gestellt haben. Die Anträge wurden fast alle von der regierenden Mehrheit aus SPD und CDU abgelehnt, aber mit den Antworten auf unsere Fragen bekamen die Bürger Informationen, die ansonsten nicht gegeben worden wären. Die Ergebnisse der Fraktionsarbeit publizierten wir im Internet und Facebook ([www.linke-erkner.de](http://www.linke-erkner.de), [www.facebook.com/fraktiondielinkeerkner](http://www.facebook.com/fraktiondielinkeerkner)), in unserem Mitteilungsblatt „Erkner ungefiltert“ und in der vielgelesenen Stadtzeitung „Kümmels Anzeiger“.
2. Bereits mit der Nominierung von Silke Voges bildeten wir das Wahlkampfteam für unsere Bürgermeisterkandidatin, die als Leiterin der Personalentwicklung im Bezirksamt Berlin Treptow-

Köpenick beruflich voll eingespannt war. Dieses Team traf sich regelmäßig, um Inhalte, Strategie und Formen der Wahl abzustimmen. Seit dem vergangenen Jahr ist DIE LINKE Erkner monatlich einmal mit einer Sprechstunde unter freiem Himmel mit dem roten Fahrrad auf der Straße präsent (in dieser Legislaturperiode sind es bisher 21 Sprechstunden). Ihr könnt glauben, dass wir ganz schön gefroren haben. Wir verbreiteten Informationen und Argumente im Internet und Facebook, in Zeitungen und in speziellen Flyern. Selbstverständlich wurde plakatiert. Silke Voges besuchte Familien, Vereine, Institutionen, Foren und nutzte andere Medien. In der Zeit der Wahlvorbereitung probierten wir für uns neue Formen aus. Es gab in diesem Jahr erstmals einen Neujahrsempfang, zu dem wir Honoratioren der Stadt, Unternehmer, Vereinsvorsitzende und Bürger eingeladen haben. Mit viel Mühe produzierten wir mit Hilfe von Thomas Wulke Videos, um die Botschaften von Silke Voges auf verschiedenen digitalen Medien zu verbreiten und damit neue Adressaten zu erreichen. Die große Anzahl der Zugriffe auf diese Formate belohnte die Mühen.

3. DIE LINKE in Erkner hat es mit unsachlichen Angriffen aus manchen Ecken zu tun. Die Atmosphäre in der Stadtverordnetenversammlung ist nicht gerade schön. Gerade deshalb haben wir uns immer bemüht, sachlich zu argumentieren, niemals an-

dere Bewerber anzugreifen oder schlecht zu machen. Das honorierten uns die Wähler. Wir wünschen uns, dass die Sachlichkeit auch mit dem neuen CDU-Bürgermeister erhalten bleibt und er das, was er versprochen hat, einhält. Wir werden ihn kritisch begleiten und in unseren Bemühungen nicht nachlassen, noch mehr Einwohner unserer Stadt für die Umsetzung ihrer Ideen zu aktivieren. 40 Prozent Wahlbeteiligung sind zu wenig. Die beiden Wahlgänge haben gezeigt, dass unsere Vorstellungen von der Zukunft Erkners mit all ihren Facetten richtig sind und weiter diskutiert werden müssen. An den Infoständen und bei anderen Gelegenheiten boten Menschen ihre aktive Mitarbeit an. Das gibt die Hoffnung, von Nichtwählern einige wieder für die Entwicklung ihrer Stadt zu interessieren und zu aktivieren, soll heißen, sie aus der „Mecker-ecke“ abzuholen.



von  
**Dr. Elvira Strauß**,  
Vorsitzende der  
Fraktion DIE LINKE  
in der Stadtverord-  
netenversammlung  
Erkner

## NACHRICHT

### Ökofilmtour erstmals im Kino Movieland Erkner



Franziska Schneider, Moderatorin; Ernst-Alfred Müller, Leiter des Filmfestivals Ökofilmtour; Silke Voges, Bürgermeisterkandidatin in Erkner; Volkmar Schöneburg, MdL (v.l.), Foto: Christoph Ulbricht, spreebote-online.de

Auf Initiative von DIE LINKE Erkner fand erstmals am 27. Februar 2018 im Kino Movieland Erkner die Ökofilmtour statt. Die Ökofilmtour ist ein Filmfestival, bei dem in mehreren Orten des Landes Brandenburg von einer Jury ausgewählte Ökofilme aufgeführt werden. In Erkner interessierten sich die Organisatoren für den Dokumentarfilm „Bürger Ströbele“. Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90 / Die Grünen) gilt als eine Institution für Unabhängigkeit und Aufrichtigkeit. Er ist der einzige Grüne, der je mit einem Direktmandat in den Bundestag gewählt wurde. Im Anschluss an den Film fand eine Diskussion mit dem Landtagsabgeordneten Volkmar Schöneburg, der Bürgermeisterkandidatin für Erkner, Silke Voges, und dem Festivalleiter Ernst-Alfred Müller statt.

Zusammengestellt  
von Franziska  
Schneider, Erkner

## Nachrichten der Linksfraktion im Landtag



von  
**René Wilke,**  
MdL, haushaltspolitischer Sprecher,  
Fotos: DIE LINKE

- zum Haushaltsgesetz, Drucksache 6/7912:  
[www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7900/7912.pdf](http://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7900/7912.pdf)
- zum Videomitschnitt der Rede im Landtag:  
[www.youtube.com/watch?v=RDn1lpqRLaE&index=2&list=PL43wSR9x3YxctCneCeyHpyFTwqfKZsUAc](http://www.youtube.com/watch?v=RDn1lpqRLaE&index=2&list=PL43wSR9x3YxctCneCeyHpyFTwqfKZsUAc)

### ■ Investitionen in Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt

Mit dem im März im Landtag beschlossenen Nachtragshaushalt 2018 werden die Weichen für zusätzliche Investitionen in die Zukunft des Landes Brandenburg gestellt, um damit weitere wichtige Impulse zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land setzen zu können. Wir investieren weiter in die Menschen, in Bildungsangebote, die für die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts fit machen sollen, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, in die Digitalisierung und in die Infrastruktur des Landes. Der Nachtragshaushalt im Umfang von rund 482 Millionen Euro wird vor allem durch die gute wirtschaftliche Lage im Land Brandenburg und die damit verbundenen Steuermehreinnahmen ermöglicht. Die Menschen im Land haben maßgeblich die derzeitigen Überschüsse der öffentlichen Haushalte erwirtschaftet und wir sehen uns daher auch in der Pflicht, diese zeitnah den Brandenburgerinnen und Brandenburgern zukommen zu lassen. Mit dem Nachtragshaushalt werden Mittel für Projekte bereitgestellt, die die Lebenssituation der Brandenburgerinnen und Brandenburger verbessern helfen sollen.

- Dazu gehören die Vorhaben:
- die vollständige Ausfinanzierung des gebührenfreien letzten Kindergartenjahres ab 1. 8. 2018;
  - die Bereitstellung von zusätzlichen 20 Mio. Euro für Planung (15 Mio. Euro) und Bau von Landesstraßen (5 Mio. Euro);
  - die Erhöhung der Investitionspauschale um 20 Mio. Euro auf 100 Mio. Euro für die brandenburgischen Krankenhäuser;
  - Bereitstellung von weiteren Mitteln für den Breitbandausbau und der Errichtung von kostenlosen WLAN-Standorten im ganzen Land;
  - Bereitstellung von 48 Mio. Euro zur Herstellung der Barrierefreiheit bei den kommunalen Aufgabenträgern des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bis 2020;
  - zusätzliche 10 Mio. Euro für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV);
  - 1,2 Mio. Euro für die Förderung der PlusBus-Angebote,
  - Stärkung des kommunalen Finanzausgleichs durch die Übernahme des Ergebnisses der November-Steuerschätzung 2017, die Zuweisungen an die Kommunen steigen um 105,4 Mio. Euro;

- Aufstockung des Kommunalen Investitionsprogramms im Bereich der Feuerwehrinfrastruktur um 20 Mio. Euro und im Bereich der Sportinfrastruktur um 8 Mio. Euro;
- Investitionen in studentisches Wohnen: 4,4 Mio. Euro für die Sanierung des Studentenwohnheimes in Frankfurt (Oder) und 0,8 Mio. Euro für den Neubau des Studentenwohnheimes Wildau und der entsprechenden überjährigen Absicherung der Finanzierung in Höhe von 8,7 Mio. Euro;
- 22 Mio. Euro für Hilfen bei witterungsbedingten Schäden in der Landwirtschaft und im Gartenbau.

Mit dem Nachtragshaushalt setzen wir unsere Haushaltspolitik unter dem Dreiklang Investieren, Bildung von Rücklagen und Schuldenabbau weiter fort. Damit sichern wir auch in Zukunft politische Gestaltungsspielräume für Verbesserungen bei Bildung, Kultur, Gesundheit, öffentlichen Dienst, Sport, SPNV und ÖPNV und all dem, was das Leben und den gesellschaftlich, solidarischen Zusammenhalt in Brandenburg ausmacht.



von  
**Dr. Andreas Bernig,**  
gewerkschaftspolitischer Sprecher

- Weiterer Infos:
- Drucksache 6/8243: [www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de](http://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de)
  - [www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/landtagsplenum/](http://www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/landtagsplenum/)

### ■ Eigenbeteiligung am Schulessen streichen – Teilhabe sichern

Kinder und Jugendliche sind die am häufigsten von Armut bedrohte Altersgruppe. In Brandenburg ist fast jedes fünfte Kind von Armut bedroht. Von Armut betroffene Familien, die Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Sozialgesetzbuch oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten beziehungsweise Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, haben seit dem 1. Januar 2011 die Möglichkeit, für ihre Kinder und Jugendlichen Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch zu nehmen.

Ein Element ist die Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen, insbesondere die Übernahme der Mehraufwendungen pro

Mittagessen bei der Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagungsverpflegung in Schulen, Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege. Anspruchsberechtigte Familien müssen für die Teilnahme ihrer Kinder am gemeinsamen Mittagessen einen Eigenanteil von einem Euro je Essen zahlen. Wenn dieser Eigenanteil nicht entrichtet wird, kann das zu einem Ausschluss des Kindes bzw. Jugendlichen von der gemeinschaftlichen Mittagungsverpflegung führen. Die bürokratischen Hürden bei der Beantragung und die Angst vor Stigmatisierung verhindern oft, dass die staatliche Unterstützung bei den Anspruchsberechtigten ankommen.

Wir wollen, dass jedes Kind ein warmes Mittagessen bekommt.

Deshalb unterstützen wir die Berliner Gesetzesinitiative zur Streichung des Eigenanteils von einem Euro. Voraussetzung ist die Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie die Änderung des Regelbedarfsermittlungsgesetzes und des Bundeskindergeldgesetzes. Dies wäre ein erster Schritt für eine bessere Teilhabe der Kinder und Jugendlichen aus armen und armutsgefährdeten Familien.

DIE LINKE fordert von der neuen Bundesregierung den politischen Mut für die Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe von 573 Euro für jedes Kind, welche neben dem sächlichen Existenzminimum auch den Teilhabebedarf abdeckt.

# Die Marxistische Philosophie

## Vorwort

**200 Jahre Marx!** Ein Jubiläum, ein Grund mehr, sich wieder mit den Grundlagen des Marxismus zu beschäftigen und hierbei zählt es, auch Interventionsfähigkeit in unserer heutigen Zeit zu zeigen. Der Kapitalismus ändert sein Gesicht von Epoche zu Epoche, der Kapitalismus in der 1960er war anders als der in unserer heutigen Zeit

und die Antworten von links müssen sich auch parallel dazu ändern. Dennoch gibt es ein Fundament, sozusagen „die Grundlagen der Philosophie und der Ökonomie“, die sich im Kern nicht ändern und die man verstehen und realisieren muss. Die Frage von Volumen und Intensität der theoretischen Ansätze spielen hier ebenso eine sehr große differenzierte Rolle. Um die Ökonomie von Marx zu verstehen, muss man erst seine

philosophischen Werke durcharbeiten, ich werde in diesem Artikel unter anderem den wichtigsten Grundsatz der Philosophie erläutern und versuchen, die wichtigsten Texte und Werke von Marx so zu komprimieren, dass auch neue Genoss\*innen diese schnell und einfach als Grundlage für das weiter vertiefte Lesen in den Werken nutzen können. Ich werde bis August weitere Texte verfassen, die aufeinander aufgebaut sind.



von  
**Ismail Al-Kayed**,  
 19 Jahre alt,  
 Fürstenwalde,  
 Mitglied des  
 Kreisvorstandes  
 DIE LINKE Oder-  
 Spree, Sprecher der  
 Linksjugend [solid]  
 Oder-Spree,  
 möchte Geschichte  
 und Politik studieren,  
 Foto: privat

## 1. Die materialistische Dialektik

Nach der materialistischen Sicht auf die menschliche Geschichte zeichnet sich der Marxismus vor allem durch seine dialektische Methode aus. Umgangssprachlich wird Dialektik allerdings häufig als eine spitzfindige Argumentationsweise verstanden. In Wahrheit handelt es sich bei der Dialektik aber um eine philosophische Methode, die schon im antiken Griechenland praktiziert wurde. Kurz gesagt ging es den alten Griechen darum, durch Rede und Gegenrede, also das Austragen von Widersprüchen, zu einem gemeinsamen Urteil zu kommen. In der späteren Philosophie wurde die Dialektik aber nicht nur als Gesprächsform verstanden, sondern als Bewegungsgesetz des menschlichen Denkens. Und wie schon bei der Überwindung des Gegensatzes von idealistischer und materialistischer Denkweise, haben die Klassiker auch das einseitige Verständnis der Dialektik überwunden. Oder, wie sie in der Auseinandersetzung mit der sehr weit entwickelten Dialektik Hegels schrieben, haben sie Hegel vom Kopf auf die Füße gestellt.

Hegel hatte als erster Philosoph ein umfassendes dialektisches System entwickelt und entdeckt, dass sich die menschliche Geschichte in einem permanenten Widerspruch zwischen ihrem praktischen Tun und einer ewigen, von ihnen nicht erkennbaren Vernunft entwickelt. Insofern könnte man ihn als einen Philosophen der Praxis bezeichnen. Nach seiner Auffassung schaffen die Menschen in ihrer Praxis materielle Werke, gründen Staaten oder geben sich bestimmte Ordnungen, ohne zu wissen, ob sie damit Erfolg haben. Ob sie gelingen oder scheitern, ist ausschließlich davon abhängig, ob sie mit der ewigen,

den Menschen aber verborgenen Vernunft übereinstimmen. Nach Hegels Auffassung war deshalb alles vernünftig, was dauernden Bestand hatte. In dem Sinne war Hegels Philosophie idealistisch, weil er in der ewigen, dem Menschen aber verborgenen, ewigen Vernunft den ausschlaggebenden Faktor für die Entwicklung der menschlichen Geschichte sah.

Das dialektische Denken ist dem Alltagsverständnis eigentlich fremd, weil hier eine Sache entweder existiert oder sie existiert nicht, eine Aussage ist entweder richtig oder falsch. Dabei gibt es zahlreiche Fälle, bei denen beides richtig sein kann. Zum Beispiel lebt der Mensch, aber gleichzeitig sterben permanent viele seiner Zellen ab, und auch wenn sich ständig neue bilden, endet das Leben mit dem Tode. Bis heute ist es in der Medizin heftig umstritten, wann ein Mensch noch lebt oder bereits tot ist.

Das Gleiche könnte man auch über den Kapitalismus sagen, der permanent seine Existenzgrundlagen zerstört aber dennoch neue Überlebenschancen findet. Das Wichtigste an der Dialektik gesellschaftlicher Entwicklung ist deshalb, dass sie das Wirken von Widersprüchen untersucht. Zum Beispiel den Widerspruch zwischen den ungeheuren Fortschritten von Wissenschaft und Technik und dem Fortbestand einer Ökonomie, die diesen Fortschritt so nutzt, dass er entweder nicht allen Gesellschaftsmitgliedern zugute kommt oder sogar die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit untergräbt. Manchmal lassen einen diese Widersprüche verzweifeln, weil sie nur das Elend der Gegenwart

beschreiben, nicht aber wie es zu überwinden ist. Dagegen schrieb Brecht: „Die Widersprüche sind die Hoffnung“, was nur verständlich wird, wenn man die Dynamik der Widersprüche versteht.

Im kommenden Artikel werden die drei Grundregeln ganz detailliert erläutert, da wird es auch Bezug auf die Praktische Politik geben, Stichwort Klassenkampf.

### MARX-WORTE

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.

In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene, und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen.

Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. (Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Bd. 4, Manifest der Kommunistischen Partei, S. 462)  
 Ausgewählt und eingesandt von Dr. Artur Pech



## DOKUMENTIERT

## Eine starke Linke ist unverzichtbar

Von Ellen Brombacher, Mitglied des Sprecherrats der Kommunistischen Plattform in der Partei DIE LINKE.

*In Zeiten wachsender Kriegsgefahr und einer erstmals in Fraktionsstärke im Parlament vertretenen Rechten einerseits und der geschwächten und zu oft mit sich selbst beschäftigten Linken haben wir Aktivisten unterschiedlicher Organisationen gebeten, ihren Standpunkt zu aktuellen Fragen zu äußern.*

*Der erste Beitrag stammt von Ellen Brombacher, Mitglied des Sprecherrats der Kommunistischen Plattform in der Partei DIE LINKE.*

Wir brauchen – gerade in Anbetracht des gefährdeten Friedens und rechter Gefahren – eine starke Linkspartei. Stark sind wir, so betonten wir auf der jüngsten Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform (KPF), wenn wir unverwechselbar gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr stehen und ebenso gegen die Schaffung einer EU-Armee und gegen die NATO. Stark sind wir, wenn wir uns für die sozialen Belange all jener einsetzen, die zu den Benachteiligten dieser Gesellschaft gehören oder morgen dazu gehören könnten. Stark sind wir mit klarem antifaschistischem, anti-rassistischem, internationalistischem Profil – der Solidarität verpflichtet. Stark sind wir, wenn wir unsere Geschichte nicht verleugnen – kurz gesagt: Stark sind wir, wenn wir als linke, sozialistische Kraft kenntlich sind und zugleich im Alltag als Kümmerer-Partei wahrgenommen werden – besonders in den Kommunen.

Und stark sind wir, wenn wir das uns Einende in den Mittelpunkt unserer Politik stellen und nicht das Trennende. Wir brauchen weder ambivalente Bemerkungen in puncto Asyl- und Flüchtlingspolitik, noch benötigen wir ein Konzept für eine sogenannte linke Einwanderungsgesetzgebung, und wir wollen keine Abschiebungen, erst recht nicht aus Bundesländern, in denen wir mitregieren.

Wir brauchen auch keine Mitgliederentscheidung zum bedingungslosen Grundeinkommen. Wozu ohne Not Themen in den Mittelpunkt der Debatte rücken, die die Partei inhaltlich spalten? Wir brauchen kein zweites Göttingen, wo die Züge aufeinander zurasen und der Crash immer wahr-

scheinlicher wird. In Göttingen ist es noch einmal gut gegangen.

Wir brauchen auch keine Diskussionen über nicht näher definierte linke Sammlungsbewegungen. Wer einen Internetanschluss hat, sollte sich die Zeit nehmen, mal ein Stündchen unter dem Stichwort „The European“ zu suchen. Der Chef ist ein Herr Wolfram Weimer. Er hat eine beachtliche journalistische Karriere hinter sich: Chefredakteur der Printmedien „Die Welt“, „Berliner Morgenpost“ und „Focus“. 2004 gründete er das Magazin „Cicero“ und ist dort bis heute Gründungsherausgeber. Der Mann ist alles andere als ein Linker. „The European“ ist alles andere als ein linkes Medium, und die meisten Macher und Autoren desselben sind zumindest Konservative. Da wird schon einmal Frau von Storch verteidigt, und Hans Werner Sinn äußert sich in der Sache komplex asozial. Aber – in einer Hinsicht gibt sich Herr Weimer sehr linksfreundlich. Er steht einer von Oskar Lafontaine angeregten linken Sammlungsbewegung – drücken wir es zurückhaltend aus – ohne erkennliche Skepsis gegenüber. Einige Auszüge aus seinem Artikel vom 2. Januar 2018 seien zunächst zitiert: „Der Ex-SPD-Vorsitzende empfiehlt eine historische Notoperation: ‚Wir brauchen eine linke Sammlungsbewegung, eine Art linke Volkspartei, in der sich Linke, Teile der Grünen und der SPD zusammenschließen.‘ Lafontaines Forderung hat Gewicht, weil er häufig genau das sagt, was Millionen linksorientierter Menschen in Deutschland denken. Lafontaines Vorschlag (birgt) politische Wucht, weil er einen politischen Großtrend adressiert. Emmanuel Macron hat mit seiner neuen Sammlungsbewegung Frankreichs Politik revolutioniert, von Bernie Sanders in der USA über Jeremy Corbyn in Großbritannien und Beppe Grillo in Italien bis Jean-Luc Mélenchon in Frankreich haben Linkspopulisten bewiesen, dass Sammlungsbewegungen neue Machtstrukturen moderner Demokratien schaffen können. ‚Das Parteiensystem, so wie es heute besteht, funktioniert nicht mehr‘, sagt Lafontaine. ‚Wir brauchen eine Neuordnung.‘ Nur so könne es wieder eine linke Machtoption geben, verkündet

er, und viele ahnen, dass er damit richtig liegen könne.“

Damit es auch der Letzte versteht, zitiert Wolfram Weimer noch einmal Oskar Lafontaine „Es gibt das Potential für eine linke Mehrheit bei den Wählern. Die Leute warten geradezu auf eine solche Option.“ Weimer merkt zugleich an, Lafontaines Sammlungsbewegung solle in der Linkspartei „für helles Entsetzen“ sorgen.

Es mag an den Feiertagen gelegen haben, dass ich dieses helle Entsetzen bisher noch nicht so richtig feststellen konnte. Zu wissen, was in Deutschland Millionen linksorientierter Menschen denken oder aber ahnen, entzieht sich meinen Erkenntnismöglichkeiten ohnehin. Und was denn da kreierte werden soll, Bewegung oder eine Art Partei, weiß ich nach dem Studium der verschiedenen Äußerungen auch nicht. Das betrifft auch das „Spiegel“-Interview mit Sahra Wagenknecht vom 13. 1. 2018. Ich ahne nur, dass hier der Wunsch nach notwendigen breiten Bündnissen artikuliert werden soll. Aber warum wird es dann so nicht benannt? Ich weiß nur eines wirklich aus nicht wenigen Gesprächen mit Mitgliedern und Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer Partei: Es geht die Angst um, die Partei könne sich spalten oder auch gespalten werden. Begeisterung für eine undefinierte linke Sammlungsbewegung konnte ich bisher nicht wahrnehmen, auch nicht auf der Bundeskonferenz der KPF am 4. 12. 2017, auf der wir uns zum Thema wie folgt äußerten: „Soll eine solche Sammlungsbewegung DIE LINKE ersetzen oder sie stärken? Und welche Rolle sollte DIE LINKE in einer solchen Bewegung spielen? Im Rahmen welcher Strukturen? Sollen – wie andernorts praktiziert – Menschen per Mausclick im Internet Mitglied werden, ohne jede Verbindlichkeit, noch nicht einmal zur Beitragszahlung verpflichtet? Und wie würde es bei solchen ‚Strukturen‘ mit der innerparteilichen Demokratie aussehen? Könnten die Mausclicker mehr sein als Manövriermasse für die Spitzenleute einer solchen Sammlungsbewegung? Oder soll es gar keine Strukturen geben, was eigentlich schlichtweg unmöglich ist? Wir wissen: Das Bedürfnis nach linken Bündelungen ist unter vielen

Mitgliedern unserer Partei naturgemäß groß. Doch noch einmal die Frage: Würden linke Kräfte – insbesondere DIE LINKE – mittels einer solchen Sammlungsbewegung gestärkt, oder soll eine linke Kraft durch eine neue ersetzt werden? Für Letzteres stünden wir als Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE nicht zur Verfügung.“

Diese Position kann auch heute nur bekräftigt werden. Wir haben eine linke Partei. Die ist alles andere als perfekt. Unsere kritischen Positionen sind hinlänglich bekannt. Aber ebenso, wie wir uns das Recht zur Kritik nicht nehmen lassen, schweigen wir nicht, wenn wir DIE LINKE gefährdet sehen. Wenn unsere Partei durch irgendwelche falschen Schwerpunktsetzungen – erinnert sei noch einmal an den Mitgliederentscheid zum bedingungslosen Grundeinkommen und die Konzeption für eine linke Einwanderungsgesetzgebung – oder durch Experimente geschwächt oder gar zerstört wird, wird es in diesem Land über lange Zeit keine relevante linke Kraft mehr geben. Eine, die außerparlamentarisch und parlamentarisch wahrgenommen werden kann.

Die Gründung der Linkspartei vor zehn Jahren war ein notwendiger Schritt. Wir konstituierten uns als eine Partei des demokratischen Sozialismus, die einen Systemwechsel anstrebt. Von einer Katalysatorfunktion in sozialdemokratischer Suppe war seinerzeit eher nicht die Rede. Nun sind wir bemüht, die Mühen des politischen Alltags zu bewältigen. Die Bundestagswahlresultate der Linkspartei zeugten weder von bemerkenswerten Fortschritten, noch waren sie ein eklatanter Rückschlag. Sie erfordern vielmehr eine ehrliche Analyse, die nicht den Anspruch erhebt, die sogenannte Flüchtlingsfrage ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu stellen. Mit solch einer Analyse und klarer Orientierung auf den Friedenskampf, den Antifaschismus und eine antikapitalistische Sozialpolitik sollten wir den Leipziger Parteitag im Juni 2018 vorbereiten.

*Quelle: „RotFuchs“, Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland, Ausgabe März 2018*

Bürgerforum Europa kontrovers

## Wo steht Europa in der (neuen) deutschen Politik?

Deutschland sucht seine Rolle in Europa. „Zu groß für Europa, zu klein für die Welt.“, beschrieb Henry Kissinger (ehemaliger Außenminister der USA, *Red. Widerspruch*) einmal das deutsche Dilemma und mahnte, die Bundesrepublik müsse das richtige Maß finden.

Lange Zeit galt Deutschland als ein „Motor der Integration“. Und heute? Wo bleibt die deutsche Antwort auf die Vorschläge Macrons? Europa wartet.

„Ein neuer Aufbruch für Europa“ titelt das Europakapitel des Sondierungspapiers von Union und SPD. Wo soll es hingehen? Wer bricht auf und mit wem? Darüber diskutierten am Abend des 23. Februars in Werder (Havel) unter Moderation von Dr. Andrea Despot und Katja Sinko von der Jungen Europäischen Bewegung und Helmut Scholz, Europaabgeordneter der LINKEN.

Einleitend stellte Dr. Despot fest, dass sich Europa in der Dauerkrise befände, aktuell stünde die Europäische Union (EU) am Scheideweg: Geht es nach dem Brexit mit der EU weiter oder setzt die Auflösung ein? Helmut Scholz erwiderte mit einer Gegenfrage: Sei es eine Vertrauenskrise in die EU oder eher in die derzeitige Politik bzw. deren Akteur\*innen und ihren Fähigkeiten zur Bewältigung und Lösung der Probleme?

Und die Frage sei doch auch, so Scholz, wie man sich mit der EU jeweils identifiziere, was sie einem bedeute. Zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) zahlen die NATO-Staaten mit Freude für Aufrüstung, Kampfbereitschaft, militärische Interventionen und Krieg. Ein Prozent des BIP für den EU-Haushalt ist dann aber für viele EU-Mitgliedsstaaten schon die Obergrenze. Für *das* Friedensprojekt Europa zahlt man gerade einmal die Hälfte wie für Rüstung und Krieg!

Auf den Brexit angesprochen, erklärte Helmut Scholz die scheinbar mangelhafte Identifikation der Briten mit dem Europäischen Projekt so: Von Anfang an erklärte die damalige britische Premierministerin Thatcher „I wan't my money back!“

(Ich will mein Geld zurück!) und machte so klar, als was sie die EU verstand – nicht als ein Projekt für das einige Europa, nein. Es ging ihr und der britischen Politik nur um einen größeren Marktzugang. Für die Briten war die EU also vom Verständnis her immer nur wirtschaftlich gedacht. Fragen wie die nach europaweiten Grundrechten waren da Nebensache. Bis zuletzt hatten die Briten auch nicht die Grundrechtecharta der EU anerkannt. Wie im Übrigen auch Polen bis heute nicht. Die Mitgliedschaft in der EU bedeute aber nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten, so Scholz. Wenn die Leute also nichts mit Europa verbinden, können sie sich auch kaum damit identifizieren. Einer der Gründe für den Brexit.

Welchen Stellenwert hat dann aber nun Europa für uns hier in Deutschland, wollte die Moderatorin wissen. Scholz entgegnete, dass man sich doch einmal anschauen müsse, wann und wie bei uns über die EU berichtet würde. Über Krisen und Problembewältigungen vernimmt man andauernd etwas – warum wird nicht auch über positive Punkte berichtet? Den Frieden innerhalb der EU, die Freizügigkeit, den kulturellen Austausch, ... – ist das alles mittlerweile selbstverständlich? Es sei eben auch Aufgabe der Mitgliedsstaaten, positiv über die EU zu kommunizieren, so Scholz. Problem sei dabei nur: Verlören dadurch die Nationalstaaten nicht allzu oft den willkommenen Sündenbock EU („Die in Europa haben beschlossen ...“)?

Helmut Scholz kritisierte auch, dass wir mittlerweile globale Wertschöpfungsketten hätten, die Politik aber immer noch im nationalen denke und handle – und damit der Wirtschaft hoffnungslos hinterherhinke. Die mögliche neue GroKo in Berlin ließe hier wenig Grund zur Hoffnung erkennen, so Scholz. Auch die Neuauflage der GroKo will kein Initiativrecht für das Europäische Parlament (EP). Nach wie vor soll das EP nur abnicken dürfen, was ihm die EU-Kommission und die nationalen Mitgliedsstaaten zur Entscheidung vorlegen wollen.

Ein gutes Fazit für den Abend und als Antwort auf die Eingangsfrage: Warum sieht die Neuauflage der GroKo von Union und SPD eher den Bedarf für ein Heimatministerium als für ein Europaministerium?

*Text und Foto:  
Felix Thier, Wahlkreismitarbeiter*



von  
**Helmut Scholz**,  
Mitglied des Europäischen Parlamentes, Fraktion GUE/NGL, Delegation DIE LINKE, im Europäischen Parlament

**Kontakt:**  
Europa-Wahlkreisbüro Helmut Scholz  
Frankfurt (Oder)  
Zehmeplatz 11  
Telefon:  
(01 51) 24 29 56 96  
E-Mail: wk@  
helmutscholz.eu  
Internet: www.  
helmutscholz.eu/



10. März 2018: Regionalforum „Partei in Bewegung“ in Mannheim, Foto: Lars Peters



# Hollunderblütensirup und Kapitalismuskritik

Stiftung bewahrt Lebenswerk des Kabarettistenehepaars Christel und Dietrich Kittner



von  
Franziska Schneider,  
BO Erkner

Flummi hieß er, der Mähroboter, auf den man gleich an der Zufahrt zum Grundstück freundlich hingewiesen wird: „Roboter kreuzt!“ Der zweite Blick verfängt sich in der wehenden Regenbogenfahne, die an einem Mast mittig der freien Rasenfläche hängt. Keine Umzäunung, viel Freiraum und Ruhe, Feuerstelle, schattige Weinlauben und Grillhütte. An den Garagen der drei rechtwinklig angelegten Häuser ist eine unübersehbar große Friedenstaube – gemalt von Dietrich Kittner. Daneben steht das Logo „tak“. tak ist das ehemalige Theater am Küchengarten in Hannover von Christel und Dietrich Kittner. Seit Mitte der 90er Jahre zogen sie sich aus dem trubeligen Stadtleben zurück in die mediterrane Idylle von Dedenitz bei Bad Radkersburg in der Steiermark, wo wir in deren Landhaus Hollerhof eine Woche Urlaub machten. Zur Begrüßung gibt es von Christel selbstgemachten Hollunderblütensirup. Die Ferienwohnung ist, wohin das Auge blickt, bestückt mit politischen Botschaften. Über dem Wasserkocher ein eingerahmtes Bild: „Make Tea, not war“. Auf



Dietrich Kittner (1935–2013)

Dietrichs Handwerkszeug waren die Sprache und das Lachen. Vom Norddeutschen Rundfunk bis Frankfurter Rundschau und zurück wurde er als „einer der besten Solokabarettisten“ bezeichnet. Er kämpfte mit den Mitteln der Sprache – nicht mit Waffen – für eine bessere Welt. Rastlos versuchte er, politisch unbequeme Wahrheiten aufzudecken. Er war ein scharfsinniger Analytiker, aufmüpfig, besessen, bissig, schlagfertig und gefürchtet. Schadenfreude und Betroffenheit war der Kern seiner Kabarettnummern. Er beherrschte sein Metier wie kein anderer: Sketch, Parodie, Chanson oder Ballade, ganz abgesehen von seinen Nachrichtensprecherrollen.

dem Nachttisch „Osietzky“ und ein gut sortiertes Bücherregal im Wohnzimmer. So war es vor zehn Jahren.

Aus dem Urlaub erwuchs eine sehr herzliche Freundschaft und politisch-kulturelle Zusammenarbeit meiner Eltern und mir mit Christel und Dietrich Kittner. Wir aus dem Osten, Kittners aus dem Westen. Und doch gab es politisch viele mehr Gemeinsamkeiten. Uns einte das Ziel einer aufgeklärten, sozialeren Welt. Dietrich und mich verband noch eine zusätzliche Leidenschaft: Das Interesse an Osteuropa sowie an slawischen Sprachen und Kultur. So kam es, dass ich Kittners regelmäßig über meinen persönlichen Werdegang per Eulenspiegel Postkartenkalender informierte und mir beide fast wie Großeltern ans Herz wuchsen, die ich nicht mehr hatte. Nach Dietrichs Tod 2013 „bastelten“ Christel, mein Papa und ich an dem letzten Buch, das Dietrich noch veröffentlichten wollte: „Aus dem Leben eines Glaubenden“. So kam es, dass ich heute Mitglied des Vorstandes der „Stiftung kultureller Förderung und Bewahrung des Lebenswerkes von Dietrich und Christel Kittner“ bin und meinen Oster- und eigentlich Studienurlaub für meine Dissertation wieder in jener Ferienwohnung verbringe. Allerdings ohne Christel und Dietrich.

Denn Deutschlands bissigster Kabarettist Dietrich Kittner verstarb im Februar 2013, seine Frau Christel ein Jahr später. Im Landhaus Hollerhof schrieb Dietrich seine Kabarettprogramme, Bücher und Aufsätze. Dort empfingen sie gerne Freunde, Bekannte und Urlauber, für die sie drei Ferienwohnungen in einem Scheunengehöft einrichteten und mit denen sie zum Teil bis spät in die Nacht Wein tranken und erzählten. Und zwar genau so lange und unermüdlich, wie es Dietrich auch bei seinen Kabarettvorführungen pflegte.

Seit 2017 füllt sich der Hollerhof wieder mit Leben. Die Nachlassabwicklung verlief so bürokratisch,



kompliziert, wie man es aus Dietrichs Programmen über Gesundheitsreform, Hartz IV etc. kennt. In ihrem Vermächtnis legten Christel und Dietrich Kittner fest, dass der Hof und das Vermögen einer Stiftung zu gute kommen sollen. Diese existiert nun seit Ende 2016 und hat den Zweck. Kunst und Kultur, insbesondere des politischen deutschsprachigen Kabarett im Sinne von Christel und Dietrich Kittner zu fördern. Unsere Stiftungsarbeit hat zwei Schwerpunkte: Zum einen fördern wir künstlerische Arbeiten und organisieren Kabarettveranstaltungen, die dem kulturell-politischen Anliegen von Dietrich Kittner nachkommen. Auch eine Biografie über Dietrich Kittner wird demnächst erscheinen. Zum anderen erhalten und bewirtschaften wir den Hollerhof. Die renovierten Ferienwohnungen laden ein, auch ohne Dietrich und Christel, den unveränderten politisch-kulturellen Charme des Landhauses zu genießen. Die Vermietung dient dem Erhalt der Einzigartigkeit des Hollerhofes sowie der Finanzierung kultureller Aktivitäten.

## Kurzbiographie von Dietrich Kittner

Während seines Studiums der „Geschichten und Rechte“ in Göttingen gründete er 1960 das Göttinger Studenten- und Dilettanten-Kabarett „Die Leid-Artikler“. Dietrich schrieb und spielte für das Ensemble bis 1965 acht Programme. Seit 1961 hatte er den „Gewerbebetrieb für politische Satire“ angemeldet. In Hannover gründete und betrieb er insgesamt und hintereinander vier Kabarettclubs: ab 1963 das Kabarett Mehlstraße, ab 1968 das Kabarett club voltaire, ab 1975 das Theater an der Bult (tab) und ab 1987



das Theater am Küchengarten (tak). 1993 trennte er sich vom tak und kehrte bis 2007 nur noch für Wintervorführungen zurück.

Seit 1966 war er mit über 30 Solo-Programmen auf der Bühne, deren Titel hießen u.a. Wollt Ihr den totalen Mief?, Das Vierte Reich, Bürger hört die Skandale! oder „Sehr geehrte Drecksau!“. Dietrich hatte ein umfassendes Repertoire und zog nicht im Geringsten in Erwägung, dass Menschen auch müde werden können. Der Beginn seiner Solo-Karriere war seine Verhaftung auf offener Straße in Hannover, als er mit Stahlhelm und Gasmaske

gegen die sogenannten Notstandsgesetze protestierte. In der DDR hatte er über 200 Auftritte, u.a. in der Distel oder Pfeffermühle 1987 und 1988. Dietrich wurden zahlreiche bedeutende Preise verliehen, u.a.: 1980 Deutscher Schallplattenpreis (siehe Foto im Kasten unten), 1984 Deutscher Kleinkunstpreis, 1999 Erich-Mühsam-Preis oder der Stern auf dem „Walk of Fame des Kabarets“ in Mainz 2006. In den Jahren 1966 bis 1996 hatte Dietrich jährlich zwischen 190 und 220 Soloauftritte.

Doch nicht nur auf der Bühne, auch bei allen anderen politischen brisanten Veranstaltungen wurde sich intellektuell sowie satirisch eingemischt – von antifaschistischen Kundgebungen angefangen über Studentenproteste bis zu Festivals. In der Zweiwochenschrift „Ossietzky“ war Dietrich seit 1998 Mitherausgeber und Autor. Dietrichs Programme tauchten ab 1972 nur noch selten im Fernsehen auf. Dazu ein Zitat von Dietrich: „Ich

baue meine Bühne überall dort auf, wo man mich lässt.“ So kommt es, dass der Hollerhof eine Probephöhne hat.

Fotos: <https://hollerhof.at>

## Der Hollerhof

■ Anfragen, Buchungen und aktuelle Nachrichten: Christel und Dietrich Kittner-Stiftung Dedenitz 6, 8490 Bad Radkersburg/Österreich Tel. (0043) 34 76 205 25, E-Mail: [hollerhof@hollerhof.at](mailto:hollerhof@hollerhof.at) Internet: <https://hollerhof.at>



## Das Buch

Aus dem Leben eines Glaubenichts edition logischer garten 10. Juni 2014, 256 Seiten, gebunden ISBN-10: 3924526362 ISBN-13: 978-3924526368 Preis: 14,80 Euro

Bestellung: zur Zeit nur über den Hollerhof (siehe oben)

## AUS DEM LEBEN EINES GLAUBENICHTS – AUSZUG, SEITEN 225–228

### Vorwärts auf der Überholspur!

Eine Protokoll-Strecke

30. Mai 1995  
Gerhard Schröder  
Niedersächsischer  
Ministerpräsident

Dietrich Kittner  
Bischofsholer Damm 88  
30173 Hannover

Lieber Dietrich,  
zu Deinem 60. Geburtstag gratuliere ich Dir zugleich im Namen der Niedersächsischen Landesregierung recht herzlich.

Du beobachtest seit nunmehr dreieinhalb Jahrzehnten mit scharfem, analytischem Verstand bundesdeutsche Realitäten und beschreibst sie aus Deiner Sicht literarisch-kabarettistisch, zuweilen nicht ohne bissige Ironie und Sarkasmus. Bei Deiner Lust, Dich mit Etabliertem auseinanderzusetzen, hast Du auch persönlichen Ärger nie gescheut. Es ist gut, Dich als Wächter in Niedersachsen zu wissen.

Für das neue Lebensjahrzehnt wünsche ich Dir alles Gute, vor allem Gesundheit, Glück und weiterhin künstlerischen Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

...

3. März 1996  
Dietrich Kittner  
Dedenitz 6  
A-8490 Radkersburg

Gerhard Schröder  
Niedersächsischer  
Ministerpräsident

Lieber Gerd,  
statt des vereinbarten Anrufs von Christel nun ein Brief von mir.

Es geht nicht. Ich kann nicht einerseits „Staats-Kritiker“ sein und andererseits einen Orden annehmen.

Natürlich hätte mich einiges an einem solchen Vorgang gereizt, besonders der Zoff, den es von rechts gegeben hätte, wenn da so einer in Gefilde eingebrochen wäre, die sie gepachtet zu haben glauben. Es wäre wohl auch gut gewesen, zu demonstrieren, daß ständiges Einmischen in politische und gesellschaftliche Sachverhalte, sich Einsetzen für soziale Gerechtigkeit (was für mich ein Synonym für Sozialismus ist) und Aufmüpfigkeit anerkennenswerte Tätigkeiten darstellen.

Überlegenswert schiene es mir auch, ob sich da ein Linker nicht auch „emanzipieren“ müßte, nach dem Motto: Das sind Mitbürger mit gleichen Rechten und Pflichten wie andere auch. Ich hätte mir auch gern einen in der DDR und jetzt in der BRD verurteilten Totalverweigerer und einen alten Antifaschisten als Ehrengäste eingeladen ...

ABER: Auf Anhieb würde das alles niemand öffentlich verstehen oder verstehen wollen. Es bedürfte erst langer Erklärungen, und die werden – wie Du vermutlich aus eigener Erfahrung weißt – nicht gedruckt.

Der allgemeine Tenor wäre mit aller Gewißheit „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing“, „Jetzt hat er sich verkauft“, „Jetzt nimmt er auch noch von diesem Staat, den er anmacht ...“. Da kann noch so offensichtlich sein, daß ich mich durch einen solchen Vorgang in nichts ändere. Sie würden mich als unglaubwürdig abstempeln und damit würde ich dem, wofür ich mich einsetze, mehr schaden als nützen. Und überhaupt: Orden machen alt.



Daß Dir im Zusammenhang mit mir ein solcher Gedanke gekommen ist – daß Du demnach auch bereit warst, die sich daraus ergebenden Folgen mit durchzustehen – freut mich ehrlich!

Vielleicht hast Du ja Lust, als Pendant zum Opernball, mal – doch linksherum – eine meiner Vorstellungen in Hannover anzusehen und anschließend mit uns einen darauf zu heben. Es wird Euch sicher mehr Spaß machen.

Und Dank noch einmal dafür, daß Du Dir die Zeit genommen hast, für unsere vergleichsweise unwichtigen Fragen. Mir helfen authentische Informationen.

Herzlich unzeitgeistgemäß gute Grüße!

Dein oder Dietrich Kittner

PS: Die Überholspur ist links!

## Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im April 2018



3.4. Sieglinde Freimuth	Steinhöfel	65 J.
4.4. Dr. Herbert Friedrich	Grünheide (Mark)	86 J.
6.4. Peter Dehmel	Schöneiche	82 J.
7.4. Reinhold Liesegang	Bernau	98 J.
8.4. Siegfried Groß	Erkner	80 J.
12.4. Gerold Sachse	Fürstenwalde	70 J.
14.4. Ingrid Acksel	Brieskow-Finkenheerd	70 J.
14.4. Gerhard Zimmermann	Eisenhüttenstadt	93 J.
15.4. Birgit Faehse	Schöneiche	70 J.
15.4. Ingolf Tschirner	Ziltendorf	84 J.
16.4. Margot Neumann	Bad Saarow	81 J.
17.4. Hellmuth Peschel	Beeskow	82 J.
21.4. Joachim Hage	Grunow-Dammendorf	86 J.
22.4. Ingeborg Schimmelpfennig	Grünheide (Mark)	89 J.
22.4. Gerry Woop	Erkner	50 J.
27.4. Joachim Handke	Müllrose	84 J.
28.4. Erika Pögel	Schöneiche	82 J.
30.4. Lothar Grimm	Eisenhüttenstadt	89 J.
30.4. Eberhard Trätner	Storkow (Mark)	80 J.

### Nachruf

Die Arbeitsgemeinschaft Senioren DIE LINKE Fürstenwalde teilt in tiefer Trauer mit, dass ihr langjähriges und aktives Mitglied, Genossin Gertraud Ohl, am 20. Februar 2018 verstorben ist.

Wir danken ihr für ihr Mitwirken in der Partei und in der AG.

Für ihre ehrenamtliche Tätigkeit erhielt sie 2007 die Ehrenurkunde der Stadt Fürstenwalde.

In liebevoller Erinnerung  
Die Mitglieder der AG Senioren

## DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle  
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde  
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24  
E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)  
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr  
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung  
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow  
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow  
Telefon: (0 33 66) 2 02 02  
E-Mail: [kontakt@linke-beeskow.de](mailto:kontakt@linke-beeskow.de)  
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt  
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt  
Telefon: (0 33 64) 4 42 51  
E-Mail: [dielinke-ehst@t-online.de](mailto:dielinke-ehst@t-online.de)  
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

[www.dielinke-oder-spree.de](http://www.dielinke-oder-spree.de)

## Veranstaltungstermine der LINKEN

- 10. April, 18 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstraße 15 (Kreisgeschäftsstelle)  
**Kreisvorstandssitzung DIE LINKE Oder-Spree**
- 20. April, 16 Uhr, Bad Saarow, Seestraße 22 (Theater am See)  
**Frühlingsempfang der LINKEN Oder-Spree**
- 25. April, 19 Uhr, Erkner, Gerhart-Hauptmann-Straße 1–2 (Gerhart-Hauptmann-Museum); **21. Tag gegen Lärm – LAUT war GESTERN Zukunftsschmiede Mobilität in Erkner**, Diskussionsveranstaltung über die gewünschte und zukünftige Mobilität sowie die Verkehrsentwicklung insgesamt mit Bürger\*innen aus Erkner und Umgebung. Podiumsgäste: Thomas Nord (MdB), Mario Hausmann (parteiloser Stadtverordneter Erkner), Franziska Schneider (BO Erkner, Moderation)
- 2.–6. Mai, Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 (Rosa-Luxemburg-Stiftung), **Marx200, Politik – Theorie – Sozialismus. Der Kongress zum 200. Geburtstag von Karl Marx.**  
[www.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/HLCZH/marx200/](http://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/HLCZH/marx200/)
- 8. Mai, 18 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstraße 15 (Kreisgeschäftsstelle)  
**Kreisvorstandssitzung DIE LINKE Oder-Spree**

## Abrüsten statt Aufrüsten!

- Waffenexporte verbieten
- Keine Erhöhung des Militäretats
- Keine europäische Armee
- Entspannungspolitik statt Auslandseinsätze

## Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 17.4., 29.5., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde  
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

### Sitzungen im April/Mai 2018

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 16.5., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Frankfurter Straße 81, KWU, Beratungsraum
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 17.5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 22.5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 24.5., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 29.5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 30.5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 31.5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages [www.landkreis-oder-spree.de](http://www.landkreis-oder-spree.de) entnehmen.

### Kreistag Oder-Spree

11.4., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

### IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)  
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: [p-w-hochmuth@t-online.de](mailto:p-w-hochmuth@t-online.de); Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: [Elvira\\_strauss@web.de](mailto:Elvira_strauss@web.de)  
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500  
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: [Schneider.Satz@t-online.de](mailto:Schneider.Satz@t-online.de)  
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln  
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

## Friedenskundgebung für Syrien in Fürstenwalde

Nein zum Krieg in Syrien!  
Stoppt das Elend in Afrin und Ost-Ghouta!



Am 6. März protestierten 130 Menschen für eine Ende des Kriegs-elends in Syrien. Sie folgten einem Aufruf unseres Kreisverbandes, den sich auch die Plattform gegen Rechts in Fürstenwalde angeschlossen hatte. Gemeinsam mit Kurd\*innen aus Fürstenwalde hatten Vertreter\*innen unseres Kreisvorstandes die Kundgebung organisiert, um insbesondere gegen den Überfall der türkischen Armee auf Afrin und gegen die Angriffe auf Ost-Ghouta zu protestieren.

Im Februar hatten unsere kurdischen Freunde bereits auf unserer Gesamtmitgliederversammlung die Lage in Nordsyrien geschildert.

In der kurdischen Region im Norden Syriens fanden seit Beginn des Krieges in Syrien viele Menschen Zuflucht. Sie wurde ein Schutzraum für viele Minderheiten. Mit dem Projekt der kurdischen Selbstverwaltung sollte dort ein demokratisches Modell einer multiethnischen Gesellschaft geschaffen werden. Muslime, Christen, Aleviten, Jesiden, Araber, Kurden und andere Bevölkerungsgruppen lebten zusammen und verteidigten sich erfolgreich gegen den Islamischen Staat. Nun greift die Türkei unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung die Bevölkerung in Syrien an, gemeinsam mit islamistischen Milizen. Dabei bedroht sie das Leben tausender Zivilisten und zwingt sie erneut in die Flucht. Es besteht die Gefahr, dass es zu ethnischen Säuberungen kommt. Bei diesen Angriffen kommen deutsche Leopard-Panzer zum Einsatz – etwa 350 Stück davon hat Deutschland bisher an die Türkei verkauft.

Mehrere RednerInnen brachten ihre Wut und Trauer über die Angriffe zum Ausdruck. Kurdische Frauen, Kinder und Männer hatten

sich mit Redebeiträgen, Gedichten und Liedern eingebracht, die für eine gute Stimmung trotz Dauerregens sorgten. Als Versammlungsleiter konnte ich auch Hakan Taş, Mitglied der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, begrüßen.

Er beklagte, dass trotz einer UN-Resolution zur sofortigen Waffenruhe die Angriffe auf die Region in Ost-Ghouta ungemindert weitergehen. Etwa 400 000 Menschen leben dort und sind in der Stadt eingeschlossen, schutzlos den Bombenangriffen des Regimes ausgeliefert, ohne medizinische oder humanitäre Versorgung. Täglich sterben Zivilisten, und erneut gibt es Anzeichen dafür, dass chemische Waffen zum Einsatz kommen.

Mehrmals wurde auf unserer Kundgebung der sofortige Stopp aller deutschen Rüstungsexporte in den Nahen Osten gefordert und an die Bundesregierung appelliert, dem NATO-Verbündeten Türkei unbedingt Einhalt zu gebieten.

*Christopher Voß, Vorsitzender  
DIE LINKE Oder-Spree*

### 26. Europacamp im Störiztland vom 10. bis 13. Mai 2018



Seit 1993 treffen sich jährlich zu Himmelfahrt Linke Europas und ihre Familien an wechselnden Orten, um an drei Tagen europäische Themen zu diskutieren, um zu feiern, das entsprechende Gastland kennenzulernen und schöne Tage mit netten und interessanten Menschen zu verbringen. Das diesjährige Europacamp findet in Störiztland (Gemeinde Grünheide) statt. Aus dem Programm:

- 10. Mai: Anreise und Abendprogramm
  - 11. Mai: Gesprächsrunden zu verschiedenen Themen mit Stefan Ludwig (Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten), Helmut Scholz (MdEP), Jaromír Kohlíček (MdEP), Sören Pellmann (MdB), Marco Büchel (MdL)
  - 12. Mai: Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow, Schifffahrt mit der „Weißen Flotte“, Tanzabend mit der Band „Grenzgänger“
- Anmeldungen und weitere Informationen per E-Mail: [europacamp@sfel-r.de](mailto:europacamp@sfel-r.de), Internet: [www.sfel-r.de](http://www.sfel-r.de)

## Zucker-Kasten



# Bürgerinitiative kämpfte für den Erhalt einer Sozialarbeiterstelle

Die Autorinnen:



Bettina Lehmann, Gemeindevertreterin, Fraktion Aktive Bürger



Martina Richter, beide Mitglieder der LINKEN

Fotos: privat

Am 25. Februar fand in der Gemeinde Steinhöfel ein Bürgerentscheid statt, um eine Sozialarbeiterstelle für den Sportverein (SV) Blau-Weiß Heinersdorf e.V. zu retten.

1990 gründete sich im Ortsteil Heinersdorf der Gemeinde Steinhöfel der SV Blau-Weiß Heinersdorf e.V. Der Verein pachtete den Sportplatz und das darauf befindliche Gebäude wurde völlig ehrenamtlich und ohne Unterstützung durch die Gemeinde ausgebaut. Im Mai 1997 konnte dort ein Treffpunkt für Kinder und Jugendliche eröffnet werden.

In diesen nunmehr 27 Jahren werden für alle Kinder und Jugendlichen der gesamten Gemeinde folgende Angebote gemacht, die im Laufe der Jahre ausgebaut wurden:

- 3 Fußball- und 2 Volleyball-Jugendmannschaften sowie Spielergemeinschaften mit den OT Hasenfelde und Steinhöfel,
- Bibliothek, Arbeitsgemeinschaft (AG) Lesecafé,
- Mini-Spielfeld, Töpferstübchen,
- Kinderfeste u.v.m.

In den Jahren 2015/2016 brachte sich der SV sehr bei der Betreuung und Integration der in Heinersdorf untergebrachten Geflüchteten ein.

Für die Zukunft waren bereits eine Angel-AG im OT Tempelberg und der Einsatz eines Jugendbusses zur weiteren Verbesserung der Vernetzung aller Ortsteile in Planung.

Die Jugendarbeit erfolgte bisher in enger Kooperation mit der ansässigen Dr. Theodor Neubauer-Schule.

Seit 1990 erhielt der SV von der Gemeinde einen Personalkostenzuschuss für eine Mitarbeiterstelle. Auch der Landkreis förderte anteilig eine Stelle bis zum Jahr 2017. Mit beiden Zuwendungen konnte eine Mitarbeiterstelle finanziell getragen werden. Im Juni 2017 wurde eine neue Fachkraft als Jugendkлубleiterin durch den SV eingestellt.

Seit September 2017 wurde nun in den Gemeindevertreterversammlung (GVV) über den Trägerwechsel vom SV zur Gemeinde diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass eine Übernahme der Trägerschaft durch die Gemeinde ab 2018 erfolgen sollte. Als Argument wurde dafür eine angeblich unzureichende Qualität der Jugendarbeit und eine „Überforderung im administrativen Bereich“ genannt. Dabei geht es um eine nicht fristgerechte Abrechnung beim Jugendamt. Zuvor gab es keine Kritik an der Jugendarbeit.

Die Bürgermeisterin von Steinhöfel weist dabei jegliche Verantwortung von sich: „Die Arbeit der bisher tätigen sozialpädagogischen Fachkraft, die für den SV Blau-Weiß Heinersdorf e.V. 1990 tätig war, kann die Gemeinde nicht beurteilen, für fachliche Einschätzung ist das Jugendamt des Landkreises Oder-Spree zuständig.“

*(Zitat aus „Der falsche Waldemar“, Informationsblatt der Gemeinde Steinhöfel, 2-2018, Seite 3)*

Am 20. September 2017 beschloss daraufhin die GVV mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion „Aktives Bündnis“ die Übernahme der Trägerschaft vom Sportverein auf die Gemeinde Steinhöfel und die Arbeit des Jugendklubs in Heinersdorf (größter Ortsteil der Gemeinde) von 40 auf 20 Stunden zu reduzieren. Sie folgte damit der Anregung durch das Jugendamt.

Mit der Entscheidung waren sehr viele Bürger\*innen unzufrieden und wollten diesen unverständlichen Schritt nicht akzeptieren. Mehrmals wurde vom Verein und einzelnen Gemeindevertreter\*innen wiederholt vorgeschlagen, mit dem Jugendamt und der Gemeinde nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen. Das fand nie statt.

So brachte eine Initiative ein erfolgreiches Bürgerbegehren und in Folge einen Bürgerentscheid für den 25. Februar 2018 auf den Weg, um den Beschluss der GVV rückgängig zu machen. 650 Bürger\*innen stimmten mit Ja, also für die weitere Trägerschaft der Sozialarbeiterstelle beim SV. 411 Bürger\*innen stimmten mit Nein. Leider erreichte der Entscheid nicht das nötige Quorum von 25 Prozent der Wahlberechtigten. Wir werten es als Teilerfolg, dass viele hier ihren Unmut über die Entscheidung der GVV zum Ausdruck gebracht haben.

Seit mehreren Monaten ist nun der Jugendclub geschlossen und die oben genannten Projekte für die Kinder und Jugendlichen liegen auf Eis. Wann der neue Träger die Arbeit aufnimmt, ist unbekannt.

Wir werden den Vorgang weiterhin kritisch begleiten.

